

14. Bezirk – Penzing

**Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2023**



DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING

Die unterzeichneten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Penzing, stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 folgenden

ANTRAG ZUR BENENNUNG DES FUß- UND RADWEGS ZWISCHEN HOCHSATZENGASSE UND DEUTSCHORDENSTRASSE

Die zuständige Stelle des Magistrats der Stadt Wien (MA 7) wird ersucht, zur Benennung des Fuß- und Radwegs zwischen Hochsatzengasse und Deutschordenstraße eine Pflegerin aus Penzing vorzuschlagen, welche während der Corona-Pandemie an Covid verstorben ist.

BEGRÜNDUNG

Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Lücken und Herausforderungen des österreichischen Gesundheitssystems offengelegt. Es hat vor allem gezeigt, dass die Gesellschaft von Frauen getragen wird – sie waren es, die in der Pandemie weit über ihre Kräfte hinaus gearbeitet, gepflegt, geholfen, betreut, unterstützt und geheilt haben. In Österreich sind gerade auch im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege über 80% der Beschäftigten weiblich. Das gesamte Gesundheitssystem würde und wäre ohne Frauen in der Pandemie zusammengebrochen. In Penzing, im Bezirk mit dem höchsten Anteil an im Gesundheitswesen tätigen Personen, dürfen diese Tatsachen nicht vergessen werden – vor allem nicht jene, dass es die Menschen im Gesundheitswesen waren, die in der Pandemie oft weit über ihre Grenzen hinaus gegangen sind und das größte Risiko einer Corona-Erkrankung tragen mussten. Daher soll der neue Fuß- und Radweg zwischen Hochsatzengasse und Deutschordenstraße nach einer Pflegerin benannt werden, nach einem Todesopfer der Pandemie, damit diese Krise auch symbolisch nicht in Vergessenheit gerät.

Marita Gasteiger

Bezirksrätin

Anneliese Kästner-Hejda

Bezirksrätin

Elisabeth Kohlmaier

Bezirksrätin



DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING

Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing, stellt gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 folgenden

ANTRAG

Sicherheit für Fußgänger:innen im Kreuzungsbereich Anzengruberstraße x Josef-Ressel-Straße

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die MA46 und die MA28, werden ersucht, die Sicherheit für Fußgänger:innen im Kreuzungsbereich Anzengruberstraße und Josef-Ressel-Straße zu überprüfen und Möglichkeiten zur Verbesserung in diesem Bereich zu erarbeiten. Diese sollen in der Mobilitätskommission präsentiert werden.

BEGRÜNDUNG

Im Kreuzungsbereich sind geringe Aufstandsflächen für Zu Fuß Gehende. In der Anzengruberstraße befindet sich auf Höhe Josef-Ressel-Straße eine Bushaltestelle. Viele Kinder benützen den Bus, um in die Schule zu gelangen. Die Gehsteige sind schmal und zudem mit Altpapiercontainer und Altglascontainer verstellt.

Hier kommt es besonders zur Schulzeit zu gefährlichen Situationen.

Anneliese Kästner-Hejda BA MA
Bezirksrätin

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, den auf der Linzer Straße gegenüber ONr. 392 (südliche Seite der Linzer Straße) situierten Mistkübel so versetzen zu lassen, dass die Sicht auf Personen, die den Schutzweg benützen wollen, ungehindert möglich ist.

Begründung

Dass die Sicht auf Fußgänger bei Schutzwegen wichtig ist, ist offenkundig, und hat der Gesetzgeber aus gutem Grund das Halten und Parken 5 m vor einem Schutzweg aus Sicht des ankommenden Verkehrs in § 24 Abs 1 lit c StVO verboten.

Zweifellos ist es sinnvoll, Abfallsammelbehältnisse in der Nähe hochfrequent benützter Verkehrsflächen zur Verfügung zu stellen. Darunter darf die Verkehrssicherheit, insbesondere die der jüngsten Verkehrsteilnehmer, jedoch nicht leiden.

Der Mistkübel ist auf einer Stange angebracht, die sich aus Sicht des ankommenden Verkehrs unmittelbar vor dem Schutzweg befindet und die das Hinweiszeichen gem. § 53 Abs 1 Z 2a StVO trägt.

Die Sicht des ankommenden Verkehrs insbesondere auf kleinere Kinder, die den Schutzweg benützen wollen, wird aufgrund des Mistkübels deutlich erschwert und somit ein Risiko geschaffen, welches es zu vermeiden gilt.

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

BR Harald Stark

Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Alt-Penzing

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA46, MA28) werden ersucht, eine tragfähige Lösung gegen den Durchzugsverkehr über die Gurkgasse in die Beckmanngasse zu erarbeiten. Das Ergebnis soll der Mobilitätskommission zur Beratung vorgelegt werden.

Begründung

Besonders die Gurkgasse und die Beckmanngasse sollen nicht wie bisher als Schleichweg durch das Wohngebiet dienen. Die Anrainer:innen klagen über den Verkehr. Eine Petition zur Verkehrsberuhigung des Gebiets Alt-Penzings wurde im Petitionsausschuss positiv behandelt.

In der Stellungnahme der Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird festgehalten: „...Ziel dieses Konzepts ist die Prüfung diverser verkehrsorganisatorischer Szenarien, um sich schlussendlich auf jene Variante zu einigen, die die Lebensqualität der Bewohner:innen sogar noch deutlich verbessert. Oberste Prämissen dabei ist die Reduktion des Durchzugsverkehrs und der Nutzung von Schleichwegen durch die passenden verkehrsorganisatorischen Maßnahmen.“

Anneliese Kästner-Hejda BA MA
Bezirksrätin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag WienMobil Hüpfer für Penzing

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Stadtrat Peter Hanke wird ersucht, in seiner Zuständigkeit auf die Wiener Linien einzuwirken, den Bezirk Penzing mit Standort Bahnhof Hütteldorf in das Projekt „WienMobil Hüpfer“ einzubeziehen.

Begründung:

Gerade der westliche Teil des Bezirkes ist aufgrund verschiedenster Umstände weniger stark an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen. Aufgrund zahlreicher Faktoren (Alterskohorten der Bevölkerung, Topographie des Bezirkes, etc.) besteht für ein flexibles Angebot wie es das Projekt „WienMobil Hüpfer“ anbietet, eine große Nachfrage im westlichen Teil Penzings.

Gemäß §103g (1) Zif. 3 WStV fallen „Vorschläge zur Verbesserung der Infrastruktur des Bezirkes, insbesondere zur Lösung von Verkehrsproblemen“ in den Wirkungsbereich der Bezirksvertretung.

Samuel Mayrl
Bezirksrat

Mag. Natascha Fussenegger
Bvin-Stv

Barbara Prillisauer
Bezirksrätin

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag: Schienenersatzverkehr bei Bautätigkeiten

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die Bezirksvertretung spricht sich für einen adäquaten Schienenersatzverkehr bei Streckensperren im ÖPNV in Penzing bzw. mit Auswirkungen auf Penzing aus.

Begründung:

In den letzten Jahren erleben wir, dass in Wien vermehrt im Rahmen von Bautätigkeiten der Wiener Linien oder der ÖBB kein direkter Schienenersatzverkehr angeboten wird, sondern nur die Empfehlung eines „großräumigen Ausweichens auf andere Linien“ kommuniziert wird. Zuletzt haben wir im Rahmen der 49er-Streckensperre und des Schienenersatzverkehrs 49E gesehen, dass Lösungen gefunden werden können, wenn man das von Seiten der politisch Verantwortlichen auch möchte. Das vermehrte Fehlen von Ersatzverkehren ist für viele Menschen, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind, keine gute Entwicklung, weshalb wir als Bezirk klar dagegen auftreten und Stellung beziehen müssen.

Dieser Resolutionsantrag betrifft eine Angelegenheit gemäß §103h (1) 10. der Wiener Stadtverfassung.

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

DI Andreas Eisenbock, BA MA Msc
Bezirksrat

Andrea Grabner, BA
Bezirksrätin

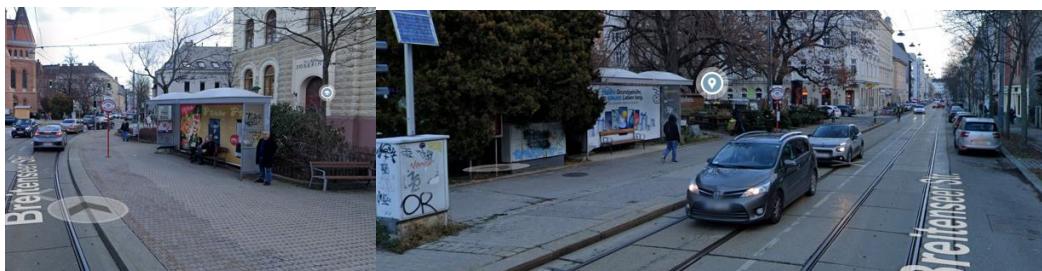
Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Digitale Fahrgastinformation bei der Station Laurentiusplatz (Straßenbahnlinie 10)

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Ulrike Sima und der Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke, werden ersucht, in Zusammenwirken mit den Wiener Linien bei der Straßenbahnstation „Laurentiusplatz“ der Linie 10 die Errichtung einer digitalen Fahrgastinformation („Minutenanzeige“) zu prüfen und umzusetzen.



Begründung:

Bürgerwunsch

Dieser Antrag liegt im Wirkungsbereich des Bezirks gemäß §103g (3) 3. Und §103g (3) 16. sowie §103h (1) 10. der Wiener Stadtverfassung.

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

DI Andreas Eisenbock, BA MA Msc
Bezirksrat

Andrea Grabner, BA
Bezirksrätin



DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Penzing, stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadtneuerung und Frauen, Kathrin Gaál und der amtsführenden Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Sport Peter Hacker, werden ersucht nach äußert positiver Evaluierung des Pilotprojekts Rote Box zur Bekämpfung von Periodenarmut dieses auch in Penzing gemeinsam mit dem Bezirk umzusetzen.

BEGRÜNDUNG

Menstruations-Gesundheit bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens. Dies inkludiert ebenfalls den Zugang zu und die Leistbarkeit von Monatshygieneprodukten, die für viele Frauen und Menschen, die menstruieren eine finanzielle Belastung darstellen.

Frauen und Menschen mit Uterus **entstehen Kosten in der Höhe von durchschnittlich 72€ pro Jahr.** Viele von Armut betroffene Frauen und Mädchen können sich Menstruationsartikel nicht leisten und müssen mit Klopapier oder Stoffresten improvisieren. Dies kann zu erheblichen Gesundheitsrisiken führen, da dadurch Infektionen entstehen können, aber es kann auch das sogenannte „Toxische Schocksyndrom“ auftreten. Die Scham über den fehlenden Zugang zu Tampons und Binden sowie die Schwierigkeit über die tabuisierten Themen Menstruation und Armut zu sprechen, können zu Stress und Ängstlichkeit führen. Mangelnden Zugang zu Menstruationsartikeln dürfen zu keinem Hindernis werden, am sozialen Leben teilzunehmen oder zur Schule zu gehen.

Die Grünen Wien haben mit ihrem Antrag zur Implementierung eines Projekts zur Bekämpfung von Periodenarmut 2020 den Stein ins Laufen gebracht.

Die Evaluierung zeigt nun: Das Projekt kam sehr gut in Brigittenau an und die Nachfrage übertraf die Erwartungen. Es zeigt, dass Periodenarmut für viele Frauen und Mädchen ein großes Thema ist: Für 60% sind Menstruationsartikel eine finanzielle Belastung. Es gibt den Wunsch nach einer größeren Auswahl, wie auch nachhaltigere Artikel wie Menstruationstassen und Periodenslips, sowie nach einem niederschwelligeren Zugang (17%). Anschließend an das positive Feedback und an die hohe Nachfrage

DIE GRÜNEN
BEZIRKSORGANISATION PENZING



soll das Projekt weitergeführt und auf andere Bezirke auszurollt werden. Seit der Evaluierung haben die Preise weiter angezogen was viele Menschen, die ohnehin schon finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen, weiter in die Bredouille bringt. Periodenarmut ist folglich ein Thema, das in den kommenden Monaten noch weiter zunehmen wird. Auch unter diesem Aspekt ist das Ausrollen des Projekts Rote Box auf andere Bezirke dringend notwendig.

Elisabeth Kohlmaier
Bezirksrätin

Sara Mosetti
Bezirksrätin



Die unterfertigenden Bezirksräti:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 22.02.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen (MA 28, MA 42 und MA46) werden ersucht eine Unterbrechung der Cumberlandstraße inklusive der intensiven Begrünung mit Baumpflanzungen in der Cumberlandstraße, ab der Diesterweggasse stadteinwärts ehestmöglich umzusetzen. Von der Gurkgasse bis zur Diesterweggasse soll der Verkehr im Gegenverkehr geführt werden. In der gesamten Cumberlandstraße wird das Radfahren in beide Fahrtrichtungen möglich sein.

Begründung

Unterschiedliche Pläne wurden mit Bürger:innen, die in diesem Bereich wohnen, unter dem Sammelbegriff „Verkehrskonzept AltPenzing“ bei einer Informationsveranstaltung als auch einer Bürgerversammlung diskutiert. Viele Bürger:innen haben sich für diese Variante ausgesprochen. Damit wird die Beruhigung des Durchzugsverkehrs, die Beruhigung des Schulvorplatzes in der Diesterweggasse mit mehr Sicherheit für die Schulkinder und die Steigerung der Aufenthaltsqualität für diesen Abschnitt bewirkt. Ebenso trägt die Begrünung mit Bäumen zu Verringerung von Hitzeinseln und einem Mehr an Bäumen in einem dicht besiedelten Gebiet von Penzing bei. Außerdem werden die Radwegverbindungen deutlich verbessert.

Alejandro Peña (SPÖ)
Bezirksrat

Wolfgang Gerold (NEOS)
Bezirksrat

Anneliese Kästner-Hejda(Die Grünen)
Bezirksrätin



Die unterfertigenden Bezirksräte:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 22.02.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen (MA 28, MA 42 und MA46) werden ersucht, in der Penzinger Straße eine Einbahnregelung inklusive Radfahren gegen die Einbahn von der Nisselgasse bis zur Phillipsgasse in Fahrtrichtung Schönbrunner Schlossallee, sowie die intensive Begrünung mit Baumpflanzungen auf der nördlichen Seite dieses Abschnittes, inklusive des Bereichs vor Penzinger Straße ONR 60-64, umzusetzen.

Begründung

Unterschiedliche Pläne wurden mit Bürger:innen, die in diesem Bereich wohnen, unter dem Sammelbegriff „Verkehrskonzept Alt-Penzing“ bei einer Informationsveranstaltung als auch einer Bürgerversammlung diskutiert.

Eine maximale Anzahl möglicher Baumpflanzungen und Begrünungsmaßnahmen werden zur Verringerung von Hitzeinseln in diesem dicht besiedelten Gebiet von Penzing beitragen.

Dies ist der erste Schritt zur Beruhigung des Durchzugsverkehrs und der Steigerung der Aufenthaltsqualität für diesen Bezirksteil. Eine Evaluierung der Verkehrsberuhigungsmaßnahmen ist nach dem ersten Jahr nach Fertigstellung geplant.

Alejandro Peña (SPÖ)
Bezirksrat

Wolfgang Gerold (NEOS)
Bezirksrat

Anneliese Kästner-Hejda(Die Grünen)
Bezirksrätin



Die unterfertigenden Bezirksräinnen und Bezirksräte stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 22. Februar 2023 gemäß § 24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung (MA28) wird ersucht, zu prüfen, ob und auf welcher Seite Baumpflanzungen in der Märzstraße, im Bereich Matznergasse bis Missendorfstraße, möglich sind. Das Ergebnis und etwaige Kosten sollen in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Im Rahmen der Mitmach-Initiative der Bezirksvorstehung Penzing wurde der untenstehende Vorschlag (Nummer 108) eingebracht.

Vorschlag 108: "Baumpflanzungen im Matznerviertel, Sitzbänke"

„...Auch die Märzstraße zwischen Missendorfstraße und Matznergasse sehnt sich nach Bäumen. Beide Straßen sind im Sommer glühend heiß und im Winter windig!...“ (Zitat von der Homepage)

Alejandro Peña
(SPÖ)

Birgit Breitenlacher
(NEOS)

Anneliese Kästner-Hejda
(Die Grünen)

Samuel Mayrl
(Neue Volkspartei)



Die unterfertigenden Bezirksräatinnen und Bezirksräte stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 22. Februar 2023 gemäß § 24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen (MA28 und MA46) werden ersucht, zu prüfen, ob die Dehnegasse ab der Rosentalgasse bis Ordnungsnummer 15, in eine Begegnungszone umgewandelt werden kann. Das Ergebnis und etwaige Kosten sollen in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Im Rahmen der Mitmach-Initiative der Bezirksvorstehung Penzing wurde der untenstehende Vorschlag (Nummer 440) eingebracht.

Vorschlag 440 – „Begegnungszone Dehnegasse“

„... In der Dehnegasse gibt es keinen Gehsteig, man ist also gezwungen auf der Fahrbahn zu gehen. Oft sind Familien oder kleine Gruppen gemeinsam unterwegs, da der Dehnpark bzw. der Stadtwanderweg 4 beliebte Naherholungsziele sind.... Um die Rechte der Fußgänger:innen zu stärken, schlage ich vor, das ca. 300m lange Verbindungsstück zw. Rosentalgasse und dem Eingang Dehnpark in eine Begegnungszone umzuwandeln. ...“ (Zitat von der Homepage)

Alejandro Peña
(SPÖ)

Birgit Breitenlacher
(NEOS)

Anneliese Kästner-Hejda
(Die Grünen)

Samuel Mayrl
(Neue Volkspartei)

Armin Blind
(FPÖ)



Die unterfertigenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 22. Februar 2023 gemäß § 24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen (MA28 und MA46) werden ersucht, zu prüfen, ob der Kreuzungsbereich Wientalstraße/Albert Schweitzer Gasse/Badgasse zu einem Kreisverkehr umgebaut werden kann. Das Ergebnis und etwaige Kosten sollen in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Im Rahmen der Mitmach-Initiative der Bezirksvorstehung Penzing wurde der untenstehende Vorschlag (Nummer 129) eingebracht.

Vorschlag 129 – „Kreisverkehr statt Kreuzung bei Auhofcenter“

„....Derzeit wird der Verkehr zwischen Auhofcenter, Hofer und Spar mit einer recht komplizierten Ampelschaltung geregelt. Das führt vor allem in Stoßzeiten zu längeren Staus auf allen Seiten. Der ziemlich große Kreuzungsbereich könnte zu einem Kreisverkehr umgebaut werden, wodurch der Verkehrsfluss deutlich verbessert würde ... Die Einführung des Kreisverkehrs Keißergasse / Bergmillerstraße hat, obwohl viel enger, eine deutliche Verbesserung der Verkehrsflusses gebracht...“ (Zitat von der Homepage)

Alejandro Peña
(SPÖ)

Birgit Breitenlacher
(NEOS)

Anneliese Kästner-Hejda
(Die Grünen)

Samuel Mayrl
(Neue Volkspartei)

Armin Blind
(FPÖ)



Die unterfertigenden Bezirksräti:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 22.02.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, wird ersucht sich dafür einzusetzen, dass der Gemeindebau in der Hütteldorfer Straße 265 – 267 den Namen „Franz Birnecker– Hof“ aus Anlass seines 100. Todestages am 17. Februar 2023 erhält.

Begründung

Um an das erste Opfer radikaler politischer Gewalt in Österreich gebührend zu erinnern, soll oben genannter Gemeindebau nach Franz Birnecker, einem sozialdemokratischen Betriebsrat der Semperit-Gummiwerke benannt werden. Auf Grund der räumlichen Nähe des Ortes seiner Ermordung wird dieser Gemeindebau vorgeschlagen.

Am 17. Februar 1923 war er zusammen mit anderen Vereinsmitgliedern bei einer Versammlung des Baumgartner Sportklubs im Gasthaus Zehetner in der Waidhausenstraße. Am Heimweg auf der Hütteldorfer Straße bei der Straßenbahnstation Zehetnergasse sah er, dass andere Mitglieder des Vereins von mehreren Männern mit Knüppeln angegriffen wurden. Franz Birnecker und ein weiteres Vereinsmitglied wollten ihnen zur Hilfe kommen. Dabei wurde er infolge von mehreren abgegebenen Schüssen tödlich getroffen. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass die Angreifer Mitglieder der paramilitärischen Wehrformation Ostara waren, die zuvor im selben Gasthaus eine Zusammenkunft gehabt hatten.

Elfriede Novak
Bezirksräti:n

Christian Bühringer
Bezirksrat

Sonja Aktas
Bezirksräti:n

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag zur Errichtung eines Lärmschutzes im Zuge der Sanierung und Neugestaltung der Westausfahrt

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Ulrike Sima, wird ersucht, eine bestmögliche technische Lösung für einen Lärmschutz im Zuge der Sanierung und Neuplanung der Westausfahrt hin zu den besiedelten Gebieten Penzings zu beauftragen.

Begründung:

Die Lärmbelastung der Bevölkerung aufgrund der Westausfahrt ist für weite Teile Penzings enorm (Hütteldorf, Wolfersberg, Bierhäuserberg, Hadersdorf-Weidlingau).

Als Penzinger Volkspartei treten wir entschieden dafür ein, dass im Zuge von Verkehrsprojekten, ob Neugestaltungen oder Sanierung, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Penzing unter allen Umständen im Vordergrund stehen muss.

Daher ist die Errichtung eines Lärmschutzes auf technisch höchstem Niveau im Zuge der Sanierung als auch der langfristigen Neuplanung der Westausfahrt jedenfalls durchzuführen. Insbesondere in jenen Bereichen, wo die Trasse die Westausfahrt die angrenzende Bahn-Trasse überragt.

Gemäß §103g (1) Zif. 3 WStV fallen „Vorschläge zur Verbesserung der Infrastruktur des Bezirkes, insbesondere zur Lösung von Verkehrsproblemen“ in den Wirkungsbereich der Bezirksvertretung.

Mag. Simone Schalk-Jaschke
Bezirksrätin

Samuel Mayrl
Bezirksrat



Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Penzing stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 22.2.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

ANTRAG

Betreffend Verlegung der Busstation von der Hadikgasse/ Reigen auf die Kennedybrücke

Der zuständige Stadtrat Peter Hanke, wird ersucht, bei den Wiener Linien zu intervenieren, ob eine Verlegung der Busstation bei der Hadikgasse vorm Reigen auf die Kennedybrücke möglich ist. Ebenfalls ob diese Busse dann nicht auch weitergeführt werden könnten in den 13. Bezirk.

BEGRÜNDUNG

Erstens ist die Busstation an diesem Platz sehr eng und schmal, sodass sie teilweise überfüllt ist. Bei den Stationen auf der Kennedybrücke wäre mehr Platz und das Umsteigen in die Straßenbahnen auch unkomplizierter. Auch das Wenden der Busse wäre dort einfacher. Zweitens könnten diese Busse auch in den 13. Bezirk weitergeführt werden, wie das mit den Straßenbahnlinien 60 und 10 bereits geschieht.

Wolfgang Gerold

Alexander Zöchling

Birgit Breitenlacher

Roland Kariger



Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22/02/2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Peter Hanke, die Prüfung zu veranlassen, ob eine begrünte Überdachung der U-Bahnlinie U4 in Bereichen des 14. Bezirks technisch umsetzbar ist, und das Ergebnis der Mobilitätskommision vorzulegen.

Begründung

Es gibt in Penzing wenig versiegelte Flächen die begrünt werden können um Erholungsräume oder auch kühlere Bereiche zu schaffen, daher ist es sinnvoll, Überlegungen anzustellen, wo neue Grünflächen geschaffen werden könnten.

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

BR Harald Stark



Die unterzeichnende Bezirksrätin von LINKS stellt zur
Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich gegen die Unterteilung in “gute” und “nicht willkommene” Schüler*innen an österreichischen Schulen und damit Rassismus aus.

Begründung

Auf Puls 4 sprach bei Pro & Contra der FPÖ Landesrat Gottfried Waldhäusl einer ganzen Schulkasse im Studio ihre Daseinsberechtigung in Österreich ab. Wenn sie und ihre Mitschüler*innen nicht wären, dann wäre Wien noch Wien. Er wollte damit einer 14-jährigen, die ihn in der Sendung konfrontierte zeigen, dass sie nicht willkommen ist.

Das ist so rassistisch wie boshaft. Die Bezirksvertretung spricht sich gegen diese Ausgrenzung und Abwertung von (jungen) Menschen aus, die dadurch das Gefühl bekommen sollen, nicht erwünscht zu sein und nicht dazugehören. Penzing ist ein Ort für alle, an dem niemand ausgegrenzt, oder rassistisch behandelt werden soll.

Die rassistische Hetze führte zu weiterer Eskalation, als Rechtsextreme Banner an der Schule der Schülerin anbrachten und eine Kundgebung mit einem weiteren Banner störten.

Rassismus ist nach wie vor ein fester Teil unserer Gesellschaft und unseres Bezirks. Auch in Penzing gibt es rassistische Graffitis, Pickerl und im Alltag rassistische Übergriffe. Es ist ein Problem, was uns alle was angeht.

Egal, ob Penzing oder Wien - wer in Wien lebt, ist von hier. Wir unterscheiden nicht nach Herkunft oder Herkunft der Eltern. Wien ist Wien, gerade weil hier viele Menschen mit Migrationsgeschichte leben.

Christin Spormann
Bezirksrätin



Die unterzeichnende Bezirksrätin von LINKS stellt zur
Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Wien (MA7 und gegebenenfalls MA 17) wird ersucht, ab 2024 jedes Jahr im Februar eine kostenlos zugängliche Ausstellung zur Geschichte Schwarzer Menschen zu veranstalten. Sofern möglich, soll ein Bezirksbezug hergestellt werden.

Begründung

Der jedes Jahr im Februar weltweit stattfindende Black History Month dient dazu, „über Schwarze Geschichte und Kultur zu informieren, das Bewusstsein für ihre Existenz zu fördern sowie das Schwarze Selbstbewusstsein im Kampf um Gleichberechtigung zu stärken“ (BlackAustria.info).

In diesem Sinne wollen wir in unserem Bezirk ein Zeichen setzen, indem wir mit einer Ausstellung Schwarze Menschen sichtbar machen, ihnen Platz im öffentlichen Raum geben und Aufmerksamkeit für Themen wie Gleichberechtigung und Anti-Diskriminierung schaffen.

Denn die Stadt gehört uns allen. Wir alle formen und prägen sie mit unserer Kultur und unserem Denken. Viele Stimmen und Geschichten, wie die Schwarzer Menschen, sind in der Öffentlichkeit aber viel zu wenig bis gar nicht sichtbar.

Rassismus ist nach wie vor stark in unserer Gesellschaft verankert. Wir setzen uns zum Ziel, die Perspektive von marginalisierten Menschen stärker in den Fokus zu rücken, um einer gleichberechtigten Gesellschaft ein Stück näherzukommen.

Christin Spormann
Bezirksrätin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag zur Implementierung der UN Sustainable Development Goals

Die Bezirksvorstehung spricht sich dafür aus:

Die zuständigen Magistratsabteilungen MA7, MA15, MA17, MA18, MA20, MA22, MA23, MA24, MA25, MA27, MA28, MA29, MA31, MA33, MA34, MA40, MA42, MA45, MA46, MA48, MA49, MA54, MA56, MA57 und MA60 werden ersucht, eine Aufstellung zu übermitteln, welche in und für Penzing getätigten Maßnahmen das Erreichen der 17 Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen unterstützen.

Diese Aufstellung soll im Umweltausschuss vorgelegt werden.

Begründung:

Die Vereinten Nationen haben mit der Veröffentlichung ihrer 17 Nachhaltigkeitsziele einen Maßstab dafür geliefert, an welchen Themen und Problemstellungen moderne Politik sich orientieren sollte. Viele der Ziele (Nachhaltige Städte und Gemeinden, Leben am Land, Maßnahmen zum Klimaschutz) stehen in direktem Zusammenhang mit den Entscheidungsbefugnissen eines Bezirksparlaments.

Gerade auch hinsichtlich der mutwilligen Zerstörung fruchtbare Grünlächen (wie etwa beim geplanten Bau der Transgourmet-Betonblöcke) ist es an der höchsten Zeit, auch in Penzing ein gewisses Mindestmaß an ethischen und zukunftsorientierten Standards bei politischen Entscheidungen festzulegen.

Andrea Grabner, BA
Bezirksrätin

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Schaffung legaler Parkmöglichkeiten im Bereich Hinterhainbach

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, wird ersucht, in der Roßkopfgasse, der Hainbachgasse und der Laskywiesengasse durch Bodenmarkierungen gem. § 24 Abs 2 StVO das Parken im größtmöglichen Umfang zu erlauben.

Begründung

Die Roßkopfgasse, die Hainbachgasse und die Laskywiesengasse durchziehen Hinterhainbach.

Derzeit kommt es massiv zu Bestrafungen der dort Parkenden, wenn die Straßenbreite für das Parken zu gering ist. Der Weg zur nächsten legalen Parkmöglichkeit ist für viele, darunter behinderte Menschen, unzumutbar weit.

Daraus ergibt sich für den genannten Bereich eine Nachfrage, die derzeit nicht mit legalen Parkplätzen abgedeckt wird.

Es ist bekannt, dass es aufgrund der dort geringen Fahrzeugfrequenz, der gelebten Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer, der ausreichenden Dichte an Haus- und Grundstückseinfahrten, die als Ausweichen benutzt werden, sowie des sehr gut einsehbaren Straßenverlaufs praktisch zu keinen Verkehrsbehinderungen kommt.

Der Gesetzgeber hat in § 24 Abs 2 StVO die Möglichkeit geschaffen, vom Grundsatz, dass das Parken auf Fahrbahnen mit Gegenverkehr verboten ist, wenn nicht mindestens zwei Fahrstreifen für den fließenden Verkehr freibleiben, abgewichen werden kann. Dies muss aber mittels Straßenverkehrszeichen oder Bodenmarkierung kundgemacht werden.

Dies wurde jedoch, obwohl sich die Straßenzüge nach Ansicht des Antragstellers dafür eignen, bislang – trotz Einführung der flächendeckenden Kurzparkzone und der daraus resultierenden Kontrollen – unterlassen.

Nach Ansicht der FPÖ handelt es sich bei den gegenständlichen Straßen um einen Fall für eine solche Ausnahmeregelung, da weder Gründe der Sicherheit, noch jene der Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs dagegensprechen.

Planung und Umsetzung sollen daher so vorgenommen werden, dass eine möglichst große Anzahl von Parkplätzen geschaffen werden kann. Daher wird zum Beispiel darauf Bedacht zu nehmen sein, sollten die Haus- und Grundstückseinfahrten als Ausweichen nicht als



Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

ausreichend angesehen werden, die zusätzlich notwendige Ausweichmöglichkeiten möglichst anschließend an die bestehenden Haus- und Grundstückseinfahrten zu platzieren.

Klubobmann Armin Blind
Bezirksrat

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen der Grünen Alternative Penzing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Gemeindebaubenennung nach Therese Dworak

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, wird ersucht, sich dafür einzusetzen, dass der Gemeindebau Waidhausenstraße Ecke Linzer Straße nach Therese Dworak, Antifaschistin und Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus, benannt wird.

Begründung

Therese Dworak (12.10.1899-21.06.1944) war österreichische Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus. Von der NS-Justiz wurde Therese Dworak gemeinsam mit Emilie Tolnay und dem Ehepaar Johann und Rosalia Graf zum Tode verurteilt und im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Da in Penzing erst zwei Gemeindebauten nach Frauen und künftig 14 nach Männern benannt sind, gibt es einen regen Aufholbedarf. Frauen müssen in der heutigen Zeit immer noch um Gleichstellung kämpfen. Sie werden oft nicht gehört oder gesehen, deshalb müssen wir als Bezirksvertretung ein Zeichen setzen und Frauen auch vor den Vorhang holen.

Quelle:https://de.wikipedia.org/wiki/Therese_Dworak

Elisabeth Kohlmaier

Anneliese Kästner-Hejda BA MA

Bezirksrätin

Bezirksrätin

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen der Grünen Alternative Penzing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Gemeindebaubenennung nach Maria Fischer

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, wird ersucht sich dafür einzusetzen, dass der Gemeindebau In der Rosentalgasse Ecke Wahlberggasse nach der Antifaschistin und Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus Maria Fischer benannt wird.

Begründung

Maria Fischer geboren am 30.07.1897 in St. Pölten, gestorben am 06.02.1962 in Wien, wohnte seit 1916 mit ihrer Mutter und ihrer Schwester Antonie in der Gusenleithnergasse 11.

Mit der Benennung wird die Erinnerung an Maria Fischer, Antifaschistin, Seidenwinderin Sozialistin und Widerstandskämpferin lebendig gehalten.

Da in Penzing erst zwei Gemeindebauten nach Frauen und künftig 14 nach Männern benannt sind, gibt es einen regen Aufholbedarf. Frauen müssen in der heutigen Zeit immer noch um Gleichstellung kämpfen. Sie werden oft nicht gehört oder gesehen, deshalb müssen wir als Bezirksvertretung ein Zeichen setzen und Frauen auch vor den Vorhang holen.

Quellen: https://www.univie.ac.at/biografia/projekt/Widerstandskämpferinnen/Fischer_Maria.htm

https://de.wikipedia.org/wiki/Maria_Fischer_%28Widerstandsk%C3%A4mpferin,_1897%29

Elisabeth Kohlmaier

Bezirksrätin

Anneliese Kästner-Hejda BA MA

Bezirksrätin



DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING

Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Bedarfssampel Hauptstraße Höhe Bushaltestelle Ludwiggasse

Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli Sima, sowie die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die MA28 und die MA 46, werden ersucht, die Errichtung einer Bedarfssampel auf der Hauptstraße Höhe Bushaltestelle Ludwiggasse zu prüfen und bei positiver Prüfung zu veranlassen.

Begründung

Das Überqueren der Hauptstraße auf der Höhe Bushaltestelle Ludwiggasse ist besonders für Kinder auf dem Weg zur Schule (in der Anlage Hauptstraße 164 wohnen über 20 schulpflichtige Kinder), und auch für Erwachsene sehr gefährlich. Es gibt aktuell nur eine Mittelinsel als Querungshilfe, um die Straße überqueren zu können. Auf der stadtauswärts gelegenen Seite ist das Überqueren besonders für die Kinder gefährlich, da der Zugang zur Mittelinsel meist von Autos verparkt ist. Für Kinder ist es daher zusätzlich schwierig, die Fahrbahn einzusehen.

Eine Bedarfssampel würde hier Abhilfe schaffen.

Anneliese Kästner-Hejda BA MA
Bezirksrätin



Die unterfertigende Bezirksrätin stellt für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 28.06.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen zu beauftragen, eine Prüfung durchzuführen, ob die Siedlungsanlage „Am Flötzersteig“ (619 Siedlungshäuser in der Ameisbachzeile 61-67, 81-85, Donhartgasse 80-104, Flötzersteig 93-107, 117-121c, Gusterergasse 7-55, 2-18, 28-36, Kiesgasse 1-25, 2-26, Kohlesgasse 19, 26-32, Koniczekweg 3-19, 4-8, Köppelweg 3-51, 4-38, Schinaweinlgasse 1-47, 2-28, Antaeusgasse 1-25, 2-4, Flötzersteig 92-156, Spiegelgrundstraße 3-29, 48er Platz 25-38, Ameisbachzeile 69-79, Antaeusgasse 27-55, 26-58, Donhartgasse 106-122, Drewitzweg 3-18, Erbacherweg 3-18, Etschnerweg 1-47, 2-48, Flötzersteig 113, 127-131, 158-180, Gusterergasse 57-65, Kohlesgasse 4-24, Öppingerweg 4-34, Reiningerweg 1-47, Scherfweg 16-36, Schinaweinlgasse 53-57, 34-56, Staargasse 43-71, Stauffergasse 24-60, Wawragasse 1-39 und Wittmannweg 2-48, Plan liegt bei) als Vorzeigeprojekt der Initiative „100 Projekte Raus aus Gas“ in Frage kommt und dies bei positivem Prüfungsergebnis umzusetzen. Die Zustimmung der zuständigen Genossenschaft „Gartensiedlung“ liegt bereits vor.

Begründung

Die Siedlungsanlage Am Flötzersteig wurde in den Jahren 1922 bis 1925 sowie 1926 bis 1929 nach Plänen von Franz Kaym und Alfons Hetmanek errichtet.

Die Wärmeversorgung der Siedlungshäuser erfolgt derzeit über Gas-, Öl- oder Stromheizungen, da sie außerhalb des Fernwärme-Versorgungsgebietes liegen. Eine künftige liegenschaftsübergreifende Lösung zur Versorgung mit 100% erneuerbarer Wärme, Kälte und Strom würde diese Siedlungsanlage zu einem der besonderen Vorzeigeprojekte für „100 Projekte Raus aus Gas“ machen.

Die Energieplanung der Stadt Wien sucht derzeit nach 100 konkreten Projekten, anhand deren der Umstieg von fossiler Energie auf innovative Lösungen abseits der Fernwärme gezeigt werden kann. Die Wärmewende kann nur durch eine breite Unterstützung gelingen. Vorzeigeprojekte spielen auf dem Weg dorthin eine zentrale Rolle. Genauereres unter:

<https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/energie/wissen/raus-aus-gas-vorzeigeprojekte.html>

Emine Güл
Bezirksrätin



Die unterfertigenden Bezirksräte:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 28.06.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen (MA 28, MA42) werden ersucht, Baumpflanzungen auf der Linzer Straße im Bereich Gruschaplatz (Linzer Straße ON 236) bis Kefergasse, zur Vervollständigung der Allee zu planen und diese auch zu veranlassen.

Begründung

Die Baumpflanzungen würden ausschließlich auf der Nordseite der Linzer Straße, also jener Straßenseite, die von der Sonneneinstrahlung besonders betroffen ist, vorgenommen werden. Damit wird mit dieser Maßnahme ein weiterer Schritt in Richtung Klimafreundlichkeit und auch ein Beitrag zur Vermeidung von Überhitzung im innerstädtischen Bereich gesetzt.

In diesem Bereich fehlen Bäume und der Gehsteig heizt sich hier im Sommer extrem auf.

Aus der Stellungnahme der MA 28 vom 25.01.2023 geht hervor, dass in diesem Abschnitt mit einer Schutzverrohrung der Wasserleitung die Möglichkeit besteht, Bäume zu pflanzen.

Christian Bühringer
Bezirksrat

Anneliese Kästner-Hejda BA MA
Bezirksrätin

Martin Bach
Bezirksrat

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, den am Flötzersteig Höhe Karl-Toldt-Weg (südliche Seite) situierten Mistkübel so versetzen zu lassen, dass die Sicht auf Personen, die den Schutzweg benützen wollen, ungehindert möglich ist.

Begründung

Dass die Sicht auf Fußgänger bei Schutzwegen wichtig ist, ist offenkundig, und hat der Gesetzgeber aus gutem Grund das Halten und Parken 5 m vor einem Schutzweg aus Sicht des ankommenden Verkehrs in § 24 Abs 1 lit c StVO verboten.

Zweifellos ist es sinnvoll, Abfallsammelbehältnisse in der Nähe hochfrequent benützter Verkehrsflächen zur Verfügung zu stellen. Darunter darf die Verkehrssicherheit, insbesondere die der jüngsten Verkehrsteilnehmer, jedoch nicht leiden.

Der Mistkübel ist auf einer Stange angebracht, die sich aus Sicht des ankommenden Verkehrs unmittelbar vor dem Schutzweg befindet und die das Hinweiszeichen gem. § 53 Abs 1 Z 2a StVO trägt.

Die Sicht des ankommenden Verkehrs insbesondere auf kleinere Kinder, die den Schutzweg benützen wollen, wird aufgrund des Mistkübels deutlich erschwert und somit ein Risiko geschaffen, welches es zu vermeiden gilt.

KO BR Armin Blind



Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den Amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, zu evaluieren, wo im Bereich zwischen der Hüttdorferstraße und der südlichen Bezirksgrenze sowie zwischen Zehetnergasse und der östlichen Bezirksgrenze von Penzing Altstoffsammelstellen für Altpapier aufgestellt werden sollen, um ein ausreichendes, räumlich nahe Angebot an Altstoffsammelstellen für Altpapier zu schaffen und danach die nötigen Schritte zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Altstoffsammelstellen für Altpapier zu setzen.

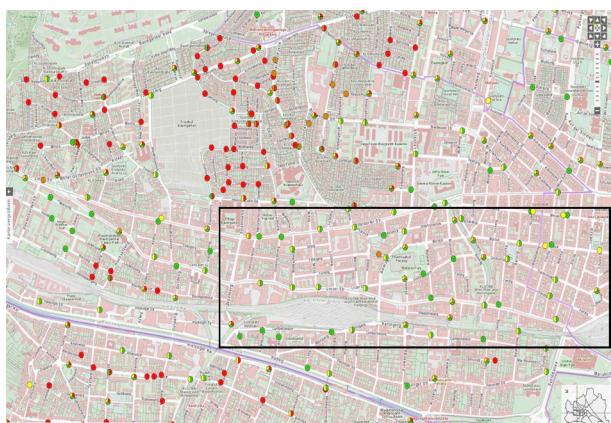
Begründung

Im beschriebenen Gebiet befindet sich eine einzige(!) Altstoffsammelstelle für Altpapier, nämlich in der Serravagasse. Der Bedarf ist jedoch, wie aus vielen an die FPÖ herangetragenen Bürgeranliegen hervorgeht, viel höher, wie auch aus der Auslastung der an das Gebiet angrenzenden Altstoffsammelstellen abzuleiten ist.

KO BR Armin Blind



Überfüllte Sammelbehältnisse Zehetnergasse



Problemgebiet

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Sanierung der Fahrbahn am Jupiterweg

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, wird ersucht, den am Jupiterweg ca. Höhe ON 72 aufgetretenen Fahrbahnschaden ehebaldig reparieren zu lassen.

Begründung

Am Jupiterweg ist ein erheblicher in Fahrtrichtung verlaufender Fahrbahnschaden aufgetreten. Da dieser jedoch schlecht erkennbar ist, stellt er insbesondere für Zweiradfahrer eine erhebliche Gefahr dar.

Nach Auskunft eines Bürgers sei die Behörde bereits im Jänner über den Fahrbahnschaden in Kenntnis gesetzt worden. Bislang sei jedoch weder eine Aktivität zur Sanierung des Fahrbahnschadens zu bemerken gewesen, noch sei dem Bürger auch nur eine Reaktion der Behörde zugekommen (was, wenngleich darauf kein Rechtsanspruch besteht, jedoch im Sinne einer serviceorientierten Verwaltungsführung zu erwarten sein sollte).

Da der Schaden somit seit längerer Zeit unsaniert ist, erscheint die Betreibung der Sanierung im Wege eines Antrags angezeigt.

Klubobmann Armin Blind
Bezirksrat



Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Sanierung Kolonieweg

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, wird ersucht, den Belag des Koloniewegs so herzustellen zu lassen, dass dieser ohne eine Gefahr darzustellen benutzt werden kann.

Begründung

Der Kolonieweg stellt eine beliebte Verbindung zwischen der Hauptstraße und dem nördlich der Bahn gelegenen Wohngebiet dar. Der Kolonieweg wird daher insbesondere auch von Personen mit Kinderwagen, Fußgängern und radfahrenden Kindern benutzt.

Am Kolonieweg ist es mutmaßlich durch Setzungen bzw. durch sonstige Umstände zu Verwerfungen des Bodens gekommen. Es wurden jedoch lediglich im Bereich der Kanaldeckel – zudem qualitativ äußerst fragliche – Ausbesserungen vorgenommen.

Der Zustand des Belags entspricht daher nicht den Anforderungen an eine sichere Verkehrsfläche und bedarf es daher der Sanierung.

Klubobmann Armin Blind
Bezirksrat





Die unterfertigende Bezirksräatin stellt für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 28.06.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung (MA28) wird ersucht, Baumpflanzungen in der Märzstraße, im Bereich Matznergasse bis Missendorfstraße, zu planen und umzusetzen und die etwaigen Kosten sollen in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Im Rahmen der Mitmach-Initiative der Bezirksvorstehung Penzing wurde der untenstehende Vorschlag (Nummer 108) eingebracht.

Vorschlag 108: "Baumpflanzungen im Matznerviertel, Sitzbänke““

Aus dem Antwortschreiben der zuständigen Magistratsabteilung ist zu lesen, daß

„Baumpflanzungen grundsätzlich an beiden Straßenseite möglich sind. Auf Seite der geraden Hausnummern (im Norden):

Bäume im Längsparkstreifen mit Einbau von Schutzverrohrungen der Wasserleitung. Abstand der Bäume ca. 4,8 m von der Fassade.

Auf Seite der ungeraden Hausnummern (im Süden):

Bäume im Schrägparkstreifen. Abstand der Bäume ca. 6,8 m von der Fassade.“

Diese Baumpflanzungen sollen dazu beitragen die Lebensqualität zu verbessern und den „Hitzinsel“ entgegen zu wirken.

Alejandro Peña
(SPÖ)

Birgit Breitenlacher
(NEOS)

Anneliese Kästner-Hejda
(Die Grünen)

Samuel Mayrl
(Neue Volkspartei)



Die unterfertigenden Bezirksräatinnen und Bezirksräte stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 22. Februar 2023 gemäß § 24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen (MA28 und MA46) werden ersucht, zu prüfen, ob die Dehnegasse ab der Rosentalgasse bis Ordnungsnummer 15, in eine Wohnstraße umgewandelt werden kann. Das Ergebnis und etwaige Kosten sollen in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Im Rahmen der Mitmach-Initiative der Bezirkvorstehung Penzing wurde der untenstehende Vorschlag (Nummer 440) eingebracht.

Vorschlag 440 – „Begegnungszone Dehnegasse“

Da aus dem Schreiben der zuständigen Magistratsabteilung folgendes zu entnehmen ist:
„... Die Voraussetzungen für die Verordnung einer Begegnungszone sind nicht gegeben und können auch durch bauliche Maßnahmen nicht geschaffen werden. Durch die Kundmachung einer Begegnungszone ist keine Verhaltensänderung der Verkehrsteilnehmer zu erwarten und daher kann auch keine Verbesserung der Verkehrssicherheit erzielt werden.“

kann evtl. eine Wohnstraße zu einer Beruhigung und einer besseren Sicherheit für die Parkbesucher auf dieser Straße führen.

Alejandro Peña
(SPÖ)

Birgit Breitenlacher
(NEOS)

Anneliese Kästner-Hejda
(Die Grünen)

Samuel Mayrl
(Neue Volkspartei)

Armin Blind
(FPÖ)

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den Amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, im unmittelbaren Nahbereich der beiden am Grundstück KG Hütteldorf, GstNr. 581/1 EZ 561 („Sommerschule“, „Lagerwiese“) befindlichen Spielplätze Hinweisschilder auf die derzeit vorhandenen Wasserentnahmestellen sowie auf die vorhandene Toilette herstellen zu lassen.

Begründung

Auf der Lagerwiese gibt es zwei Wasserentnahmestellen sowie eine Toilettenlage. Dies ist jedoch, wie sich der Antragsteller selbst mehrfach überzeugen konnte, einer Vielzahl an Besuchern schlicht unbekannt.

Zwar erscheint die Errichtung von unmittelbar bei den Spielplätzen situierten Wasserentnahmestellen angezeigt, angesichts der zu erwartenden Errichtungsdauer erscheint jedoch diese (Zwischen-)Lösung nötig.

KO BR Armin Blind

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Evaluierung der Ampelschaltung

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die MA 33 wird ersucht, die Ampelschaltungen der Kreuzungen B1 von Schloßalle bis Zehetnergasse zu überprüfen, bzw. zu evaluieren.

Begründung

Da es jetzt schon in diesem Bereich immer wieder zu stockendem Verkehr, auch außerhalb der Stoßzeiten kommt, sollten die Ampelschaltungen im Hinblick auf die Totalsperre der Hadikgasse vom Juli 2023 bis Juli 2024 optimiert werden.

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

BR Armin Blind

BR Harald Stark

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ stellte zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Dachausbau statt Bodenversiegelung

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadtneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, wird ersucht, gemeinsam mit Wiener Wohnen den Ausbau von Dachgeschoßwohnungen in den bereits vorhandenen städtischen Wohnhausanlagen in Penzing voranzutreiben.

Begründung

Derzeit werden in Österreich knapp 13 Hektar Boden täglich versiegelt.
Daher sollten auch die bereits vorhandenen Strukturen für die Schaffung von Wohnraum benutzt werden, bevor weiter Bodenflächen versiegelt werden.

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

BR Armin Blind

BR Harald Stark



Die unterfertigenden Bezirksräte:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 28.06.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Resolution

betreffend die

„Solidarität mit den Freizeitpädagog:innen - Für den Erhalt der verschränkten Gratis-Ganztagschule“

Antrag

Die Bezirksvertretung Penzing spricht sich für den Erhalt aller verschränkten Gratis-Ganztagschule in Penzing aus.

Begründung

Die Bundesregierung plant einen Eingriff in das Schulsystem, der in der Praxis das Ende der Wiener Gratis-Ganztagschulen in heutiger Form bedeuten würde - und damit einen massiven Rückschlag für die Chancengerechtigkeit unserer Kinder.

Die Penzinger Ganztagschulen wären durch die von der Bundesregierung neue geschaffene Personengruppe „Assistenzpädagog:innen“, die die derzeitigen Freizeitpädagog:innen ersetzen sollen, gefährdet.

Die Einführung einer neuen Personengruppe „Assistenzpädagog:innen“ soll beginnend mit dem Schuljahr 2024/25 in den ganztägig geführten Schulformen eingesetzt werden und die derzeitigen Freizeitpädagog:innen ersetzen. Aktuell arbeiten rund 2.200 Freizeitpädagog:innen im Rahmen der „Bildung im Mittelpunkt GmbH“ (Unternehmen der Stadt Wien), an 142 Schulstandorten für die Kinder in ganz Wien. Die Rahmenbedingungen für die ganze Berufsgruppe werden mit der Verabschiedung des Gesetzesentwurfes der Bundesregierung massiv verschlechtert, indem Kompetenzen und Gehälter der Pädagog:innen beschnitten werden.

Ebenso wird die Pädagogik für Schüler:innen durch die Betreuung in der Lernzeit massiv verschlechtert, da laut Vorhaben des Bundes der/die Klassenlehrer:in die Lernzeit nicht mehr leiten, sondern dies künftig den Assistenzpädagog:innen obliegt. Des Weiteren geht aus dem Entwurf hervor, dass Lehrer:innen nur mehr dann für



den Betreuungsteil eingesetzt werden dürfen, wenn keine Assistenzpädagog:innen zur Verfügung stehen. Dies stellt einen untragbaren Rückschritt für die Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik dar, da viele Wiener Schüler:innen auf einen hochwertige Lernbetreuung durch Lehrkräfte angewiesen sind. Weiters würde die Gesetzesnovelle eine deutliche Verschlechterung für Kinder mit Behinderung mit sich bringen, da derzeit keine zusätzlichen Stunden für die Sonderpädagogik vorgesehen sind.

Auch eine weitere Wiener Errungenschaft, nämlich jene der leistbaren Ferienbetreuung in den City Camps wird mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf torpediert. Assistenzpädagog:innen sollen hinkünftig nur noch für insgesamt drei Wochen für die Ferienbetreuung eingesetzt werden, wobei zwei Wochen davon bereits für die Sommerschulen des Bundes vorgesehen sind. Eltern, vor allem Frauen würden wieder vor die Wahl gestellt werden zwischen Familie und Beruf, wenn eine private Ferienbetreuung nicht leistbar ist. Ganz grundsätzlich, aber insbesondere in Zeiten einer massiven Teuerung ist dieser Angriff auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für finanziell aufs Schärfste zurückzuweisen.

Alejandro Peña
Bezirksrat

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Prüfung Sicherheit beim Familienbad Reinlgasse (Reinlpark)

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, unter anderem die Magistratsabteilung 44 (Bäder) und die Magistratsabteilung MA 42 (Wiener Stadtgärten), werden aufgefordert die Kindersicherheit beim Eingang des Familienbads Reinlgasse zu überprüfen.

Begründung:

Bürgeranliegen. Eltern haben uns berichtet, dass sie Sorge hätten, dass Kleinkinder unbemerkt vom Spielplatz ins Bad laufen könnten.

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Andrea Grabner, MA
Bezirksrätin

Mag. Natascha Fussenegger
Bezirksvorsteherin-
Stellvertreterin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Klimatisierte U-Bahn Garnituren auf der U4

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Der zuständige Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke wird ersucht, in Zusammenwirken mit den Wiener Linien dafür zu sorgen, dass im Sommer mehr klimatisierte Zuggarnituren (X-Wagen und V-Wagen) auf der U4 eingesetzt werden.

Begründung:

Nachdem nun die ersten X-Wagen zugelassen werden und diese den Fuhrpark vorerst nur ergänzen, gibt es nun die Möglichkeit für die Wiener Linien mehr klimatisierte Garnituren einzusetzen. Diese sollten vor allem auf den Linien verkehren, die viel oberirdische Streckenteile haben und eine Klimatisierung benötigen (vor allem U4, U2, teils U1) und nicht auf der U3, die fast zur Gänze im Untergrund fährt und sich deshalb nicht so stark aufheizt.

Dieser Antrag liegt im Wirkungsbereich des Bezirks gemäß §103g (1) 3. und 103h (1) 5.

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Andrea Grabner, BA
Bezirksrätin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

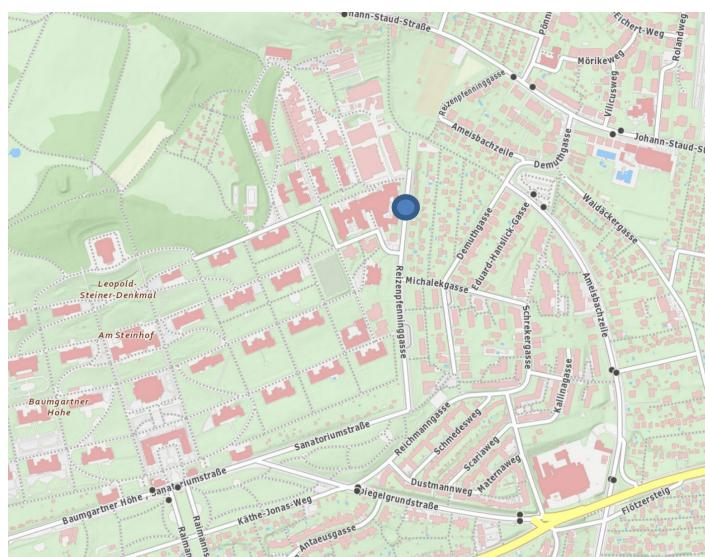
Antrag für eine neue Busstation 51A Reha-Klink Baumgarten

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke wird ersucht, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, die Buslinie 51A um eine Haltestelle in der Reizenpfenniggasse, Höhe Reha-Klinik Baumgarten zu erweitern.

Begründung:

Bürgerwunsch. Durch die Neubauten an der Reizenpfenniggasse und die dortige Reha-Klinik Baumgarten ist die Nachfrage nach einem Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz groß.



BVStv. Natascha Fussenegger

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

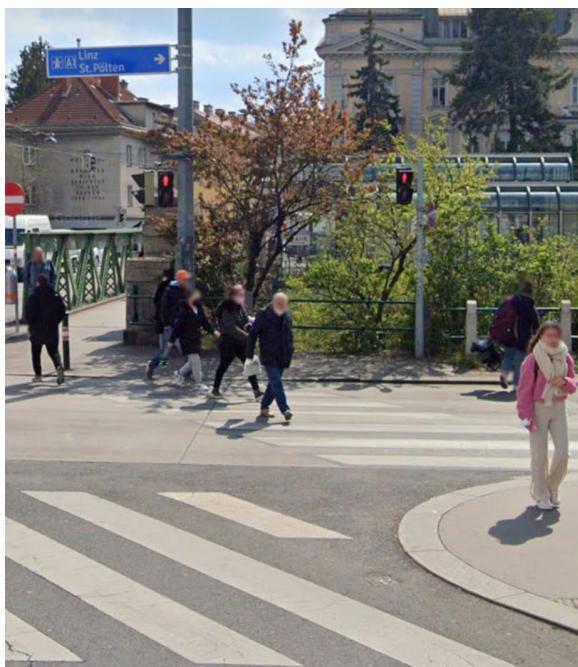
Antrag für die Prüfung einer Kreuzungsregelung

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 33 wird gebeten, bei der Kreuzung Hadikgasse/Zehetnergasse die doppelt montierte Signalanlage auf Sinnhaftigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls abzumontieren.

Begründung:

Bürgerwunsch. Bei dem Zebrastreifen Diesterweggasse/Hadikgasse sind zwei identische, gleichgeschaltete Ampeln montiert. Sollte das nicht der Verkehrssicherheit dienen, sollte die Ampel entfernt werden, da die gegenüberliegenden Wohnungen dadurch stärker beleuchtet werden.



BVStv. Natascha Fussenegger



Die unterzeichnende Bezirksrätin von LINKS stellt zur
Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Penzing spricht sich für eine Novellierung der Wiener Bauordnung aus, um bei Abbruchbewilligungsverfahren einen wirksameren Schutz alter, erhaltenswerter, sanierbarer Wohnbausubstanz vor Abriss zu gewähren, durch eine Verschärfung der Nachweispflicht der technischen und wirtschaftlichen Abbruchreife sowie die Aufwertung der von der MA 19 bestätigten Schutzwürdigkeit („öffentliches Interesse am Erhalt des Gebäudes“) gegenüber der Begutachtung durch die MA 25.

Begründung

Die letzte Novellierung der Wiener Bauordnung (2018) hat in Bezug auf den Erhalt erhaltenswerter, sanierbarer Bausubstanz, insbesondere solche mit leistbarem Wohnungsbestand, noch nicht den erwarteten Effekt gehabt. In den letzten Jahren belegen etliche Abrisse im Bezirk, dass die Instrumente zum Schutz des (vor)gründerzeitlichen Gebäudebestands nicht ausreichen. Dies trifft erwiesenermaßen nicht nur, aber auch auf die einschlägigen Regelungen in der Wiener Bauordnung zu, die der Schutzzonenwidmung (MA 21) und der durch die MA 19 bestätigten Schutzwürdigkeit viel zu wenig Gewicht in den Bewilligungsverfahren zubilligt.

Alte Bausubstanz zu erhalten ist nicht nur preiswerter und erhält den Charme Wiens, bzw. Penzings sondern ist auch ressourcensparender und umweltfreundlicher. Bei Abrissen werden eventuell einzelne Bauteile recycelt allerdings nicht das gesamte Haus, es bleibt immer ein wenig alte Substanz über, die auf dem Müll landet. Der Boden rund um Neubauten wird zunehmend versiegelt im Vergleich zu älteren Gebäuden, was zusätzlich eine Belastung für das Stadtklima darstellt.

Die meisten Neubauten bestehen aus vielen Singlewohnungen, die für die meisten Familien und Bewohner*innen, in Gemeinschaften lebend, ungeeignet sind und stattdessen Mieten in Höhe schnellen lassen. Es gibt mittlerweile unzählige Verfahren, die Gebäude im Inneren zu sanieren ohne sie komplett zu demolieren.

Christin Spormann
Bezirksrätin



Die unterzeichnende Bezirksrätin von LINKS stellt zur
Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Penzing spricht sich für eine umfassende und effektive Bekämpfung von Kinderarmut aus.

Begründung

Laut aktuellen Zahlen sind rund 350.000 Kinder - also jedes fünfte Kind in Österreich – von Armut betroffen.

Es ist davon auszugehen, dass auch in Penzing die Situation für viele Kinder und Jugendliche eine äußerst schwierige ist.

Am 20. November 2022 wurde das 33-jährige Jubiläum der „UN-Konvention über die Rechte des Kindes“ gefeiert. Dieser internationale Vertrag garantiert - theoretisch - allen Mädchen und Buben politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Rechte und soll vor Diskriminierung, Gewalt und Ausbeutung schützen.

Es ist daher höchst an der Zeit, nicht nur die Prinzipien dieser Konvention ernst zu nehmen, sondern auch effektive Maßnahmen gegen Kinderarmut zu setzen. In einem reichen Land wie Österreich kann es nicht sein, dass es Kinder gibt, die in Armut aufwachsen müssen.

Armut grenzt aus, Armut schafft Barrieren, Armut bestimmt die Zukunft vieler Kinder vor und Armut teilt die Gesellschaft und schadet ihr nachhaltig und langanhaltend.

Jedem Kind und Jugendlichen die besten Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe und betrifft Penzing, Wien und ganz Österreich.

Quellen und Referenzen: <https://www.jungschar.at/ueber-uns/positionen/kinderarmut>
<https://www.volkshilfe.at/was-wir-tun/positionen-projekte/armut-und-kinderarmut/>

Christin Spormann
Bezirksrätin



Die unterzeichnende Bezirksrätin von LINKS stellt zur
Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien (MA 57 und gegebenenfalls MA 40 und MA 50) werden ersucht, in Gemeindebauten und allen weiteren Wohnbauten, auf die die Stadt Wien in Penzing Einfluss hat, das Aushängen des Notfallnummernblatts von StoP zu gewährleisten.

Begründung

StoP „Stadtteile ohne Partnergewalt“ ist eine mittlerweile gut im Bezirk verankerte Initiative. Ihr Banner hängt zu jeder Jahreszeit vor der Bezirksvorstehung und schafft so Aufmerksamkeit und erhöht gleichzeitig das Bewusstsein für die Initiative und für das Thema der Partnergewalt bei den Bewohner*innen und Passant*innen in Penzing.

Sichtbarkeit ist ein erster wichtiger Schritt im Kampf gegen Partnergewalt, die Ungleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft und die Gefährdung der Sicherheit von Frauen und queeren Personen.

Nachdem erste Schritte getan sind, sollen jetzt durch die Aushänge den Bewohner*innen die Tools gegeben werden sich mit Personen in Gefahr zu solidarisieren, ihnen helfen oder sich selber Hilfe suchen zu können. Daher ist es wichtig, dass die von StoP eigens ausgearbeiteten Aushänge für den Eingangsbereich flächendeckend in Wohnhäusern hängen dürfen und nicht mehr entfernt werden.

Laut der Initiative wird viel auf die Nummern des Aushangs zurückgegriffen. Sie werden nicht nur von Personen in Gefahr, sondern auch von Helfenden verwendet. Somit muss ein schneller und niedrigschwelliger Zugang gewährleistet sein.

Christin Spormann
Bezirksrätin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden Antrag als

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich gegen die Umgestaltung des Ost-Areals im Otto-Wagner-Spital-Gelände in ein „hochwertiges Wohngebiet“ aus.
Konkrete Pläne und Werbefolder zeigen, dass der Pavillion 23 „Forensik“ und das Architekturdenkmal „Wäscherei“ trotz anders lautenden Ergebnissen des Mediationsverfahrens zu Lofts und Luxusapartments umgebaut werden sollen.

Begründung:

BürgerInnenanliegen

Wie oben bereits erwähnt, stellt dieses Vorgehen einen eklatanten Bruch des Mediationsverfahrens dar, da die Adaptierung zu Wohnzwecke wohl ein gravierender Eingriff in die denkmalgeschützten Gebäude darstellt.

BR Franz E. Lerch, MBA



Die unterfertigenden Bezirksräti:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 27.09.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stadträt*innen für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima und für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky , werden ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen 28, 33, 46 und 42 zu beauftragen, unter Berücksichtigung des Konzeptes „„Raus aus dem Asphalt -begrünen, entsiegeln und kühlen – für eine klimafitte Zukunft“ sowie unter Berücksichtigung der Ergebnisse des durch die Magistratsabteilung 42 beauftragten Bürger*innenbeteiligungsverfahrens, eine Neugestaltung des Platzes rund um die S-Bahnstation Breitensee inkl. dem angrenzenden Bereich bis zur Hütteldorfer Str. zu erarbeiten. Dieses soll dann in der Bezirksentwicklungs- und Klimakommission vorgestellt und beraten werden.

Begründung

Der Vorplatz der S-Bahnstation Breitensee zählt zu den unattraktivsten Bereichen in unserem Bezirk. Mit einer Umgestaltung unter Berücksichtigung des Konzepts „„Raus aus dem Asphalt“ und den Ergebnissen des Bürger*innenbeteiligungsverfahrens soll dieser Bereich massiv aufgewertet und im öffentlichen Raum eine wertvolle Aufenthaltsfläche für die Bevölkerung geschaffen werden. Auch eine vielfältige Nutzung des öffentlichen Raums soll bei der Neugestaltung dieser Fläche berücksichtigt werden.

Emine Gül
Bezirksrätin

**DIE GRÜNEN
BEZIRKSORGANISATION PENZING**



Der unterzeichnende Bezirksrat der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag^a Ulli Sima sowie die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die MA28 und die MA46, werden ersucht, in der Marcusgasse im Bereich zwischen Hütteldorfer Straße und Felbigergasse die Ausweisung eines gemeinsamen Fuß- und Radwegs, zu überprüfen.

Das Ergebnis möge in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Durch den gemeinsamen Fuß- und Radweg könnte ein Lückenschluss zwischen Hütteldorfer Straße und Felbigergasse erfolgen.

Bezirksrat
Ernst Kästner

DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING



Der unterzeichnende Bezirksrat der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag^a Ulli Sima sowie die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die MA28 und die MA 46, werden ersucht, in der Gurkgasse bei der Kreuzung mit der Goldschlagstraße, anstelle von "Vorrang geben" die Anbringung von "Halt" -Stopp-Tafeln- und wenn möglich die Anbringung von Haltelinien, zu überprüfen.

Das Ergebnis möge in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Die Benachrangung der Gurkgasse bei der Kreuzung mit der Fahrradstraße Goldschlagstraße wird von Verkehrteilnehmenden oftmals zu spät wahrgenommen. Dies führt zu gefährlichen Situationen.

Bezirksrat
Ernst Kästner

Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Rechtsabbiegen bei Rot für Radverkehr



Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli sowie die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die MA28 und die MA46, werden ersucht, bei der Ampel (VSLA) Mühlbergstraße das Rechtsabbiegen bei Rot für den Radverkehr in den Radweg Hauptstraße zu überprüfen.

Das Ergebnis möge der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Durch die seit 1.10.2022 gültige 33.Novelle der StVO wurde die rechtliche Möglichkeit geschaffen, das Rechtsabbiegen für Radfahrer:innen bei einer roten Ampel zu erlauben, sofern eine entsprechende Zusatztafel - der sogenannte Grünpfeil für das Rad (StVO §54 (5n)) - an der betreffenden Ampel angebracht ist. Das soll verhindern, dass der Radverkehr unnötig lange an roten Ampeln warten muss. Nach einem kurzen Halt kann die Fahrt wie bei einem Stoppschild fortgesetzt werden.

Anneliese Kästner-Hejda BA MA
Bezirksrätin

Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Rechtsabbiegen bei Rot für Radverkehr



Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli sowie die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die MA28 und die MA46, werden ersucht, bei der Ampel (VSLA) Cumberlandstraße das Rechtsabbiegen bei Rot für den Radverkehr in den Radweg Einwanggasse zu überprüfen.

Das Ergebnis möge der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Durch die seit 1.10.2022 gültige 33.Novelle der StVO wurde die rechtliche Möglichkeit geschaffen, das Rechtsabbiegen für Radfahrer:innen bei einer roten Ampel zu erlauben, sofern eine entsprechende Zusatztafel - der sogenannte Grünspfeil für das Rad (StVO §54 (5n)) - an der betreffenden Ampel angebracht ist. Das soll verhindern, dass der Radverkehr unnötig lange an roten Ampeln warten muss. Nach einem kurzen Halt kann die Fahrt wie bei einem Stopperschild fortgesetzt werden.

Anneliese Kästner-Hejda BA MA
Bezirksrätin



DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING

Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Fahrgastunterstand Bushaltestelle Hauptstraße 116

Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli Sima und der Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Peter Hanke sowie die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die MA28 und die MA46, werden ersucht, die Errichtung eines begrünten Fahrgastunterstands bei der Bushaltestelle Hauptstraße 116 zu prüfen und bei positiver Prüfung zu veranlassen.

Begründung

Das Warten auf den Bus ist besonders bei Regen aber auch bei sommerlicher Hitze ohne Wartehäuschen sehr unangenehm.

Ein Fahrgastunterstand würde hier eine große Erleichterung für auf den Bus Wartende darstellen.

Anneliese Kästner-Hejda BA MA

Bezirksrätin

Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli Sima, sowie die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die MA28 und die MA46, werden ersucht, Vorschläge zur dauerhaften Unterbindung des Abstellens von Fahrzeugen auf den breiten, barrierefrei ausgestalteten Gehsteigen in der Spallartgasse Höhe Ordnungsnummer 17-21 zu erarbeiten.

Die entsprechenden Vorschläge sollen der Mobilitätskommission vorgelegt werden.

Begründung

In der Spallartgasse gibt es Höhe Ordnungsnummer 17-21 breite Gehsteige. Diese werden regelmäßig zum temporären Abstellen von KFZ benutzt. Besonders beliebt sind diese Gehsteigbereiche in Nähe der Schule zum Hinbringen und Abholen von Schulkindern.

Anneliese Kästner-Hejda BA MA
Bezirksrätin



DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING

Die unterzeichneten Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Penzing stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 folgenden

ANTRAG

Die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima und der zuständige Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky, sowie die Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht, den Lückenschluss der bestehenden 30km/h-Beschränkung auf der Hüttelbergstraße, das bedeutet durchgehend von ONr. 1A bis Onr. 43, zu verordnen.

BEGRÜNDUNG

Eine lückenlose Zusammenlegung der bestehenden 30-er Zonen auf der Hüttelbergstraße trägt erheblich zur Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer:innen bei, **Verkehrslärm** und **Schadstoffemissionen** für die Anwohner:innen im **Klimabündnisbezirk** Penzing werden reduziert. Die Hüttelbergstraße verleitet viele KFZ-Fahrer:innen zu schnell zu fahren, auch weit mehr als 50 km/h. Dies **gefährdet die Sicherheit** aller, und besonders die der schwächeren und ungeschützten Verkehrsteilnehmer:innen.

Das Ernst-Fuchs-Museum mit seinem angeschlossenen Café im Freien ist ein Bereich mit hoher Fußgänger:innenfrequenz, eine 30 km/h-Beschränkung bietet hier mehr Sicherheit bei der Straßenquerung an dieser unübersichtlichen Stelle. Interessanterweise weist der Stadtplan der Stadt Wien (<https://www.wien.gv.at/stadtplan/>) die 30-km/h-Beschränkung bis zur Wegerichgasse aus. Ein von uns äußerst begrüßtes Zukunftsprojekt der Stadt Wien?

BRⁱⁿ Mag.^a Silke Baron

BRⁱⁿ Anneliese Kästner-Hejda BA MA

DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING



Die unterzeichnenden Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Penzing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag zur künstlerischen Gestaltung der Lüftungstürme am Feilplatz

Der zuständige Stadtrat der Geschäftsgruppe für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Peter Hanke, sowie Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler werden ersucht sich bei KÖR (Kunst im Öffentlichen Raum) und den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass die Lüftungstürme am Feilplatz durch Künstler:innen ansprechend gestaltet werden.

Begründung

Der Feilplatz kann durch eine Gestaltung der dort befindlichen Lüftungsschächte der U-Bahn sehr stark aufgewertet werden.



Eine hochwertige Bemalung dieser Schächte würde die Optik des Platzes wesentlich verbessern und könnte auch eine kleine Sehenswürdigkeit im Grätzl werden.

Silke Baron
(Klubobfrau-Stellvertreterin)

Sara Mosetti
(Bezirksrätin)

Markus Pilgerstorfer
(Bezirksrat)

Ulrike Wiesner
(Bezirksrätin)

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden Antrag:

Resolution: Mehr Mitbestimmung bei Verkehrsmaßnahmen für Penzing

Die Bezirksvertretung Penzing spricht sich für eine stärkere Einbeziehung der Penzinger Mobilitätskommission bei straßenbaulichen Projekten aus, wenn diese aus dem Zentralbudget finanziert werden.

Begründung:

Die Bezirksvertretungen sind die unmittelbarste und lokalste Direktvertretungen der Wiener Bevölkerung. Wie in der Wiener Stadtverfassung definiert, bilden die Bezirksvertretungen Ausschüsse und Kommissionen, um die Fachthemen eingehender zu behandeln. Für den Verkehr ist dies unter anderem die Penzinger Mobilitätskommission.

In letzter Zeit vermehrt sich die bedenkliche Tendenz, dass dieses wichtige demokratisch-repräsentative Fachgremium vonseiten der Wiener Stadtregierung und ihrer untergeordneten Dienststellen vom Arbeits- zum Informationsgremium verkommt. Einschneidende Umbaumaßnahmen, wie in der Kendlerstraße oder Hochsatzengasse werden ohne Mitbestimmungsmöglichkeit umgesetzt.

Die Folgen sind teure Baumaßnahmen, die auf Seiten der Bevölkerung nicht nur für massives Unverständnis, sondern auch durch fehlende lokale Expertise und Einbeziehung der Bezirksvertretung und ihrer Kommissionen und Ausschüsse und sich kontraproduktiv auf die Penzinger Mobilität auswirken.

Samuel Mayrl
Bezirksrat

Barbara Prilisauer
Bezirksrätin

Natascha Fussenegger
BV-Stv

Markus Keschmann
Klubobmann

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Kennzeichnung des Wien-Fluss Wegs als gemeinsame Rad- und Fußgängerzone

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima und die Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien MA 28 und MA 46 sollen Hinweistafeln (Verkehrszeichen „gemeinsamer Geh- und Radweg ohne Benutzungspflicht“ gemäß § 53 Abs. 1 der StVO) entlang des Wien-Fluss-Wegs vom Bereich der Mauerbachstraße bis zur Einmündung in der Bahnstraße errichten.

Begründung:

Bürgerwunsch: Derzeit kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern, da diese nicht über den Status des betreffenden Streckenabschnittes informiert sind. Eine Anbringung der entsprechenden Verkehrszeichen würde diese Informationslücke beheben und potentielle Konflikte im Sinne eines friedlichen Miteinanders entschärfen.

Samuel Mayrl
Bezirksrat

Simone Schalk-Jaschke
Bezirksrätin



Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag gewidmete Parkzone (temporäres Halteverbot) für einspurige Kraftfahrzeuge in der Albert-Schweitzer Gasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien MA 28 und MA 46 mögen die Planung und etwaige Umsetzung eines temporären Halteverbotes auf der Höhe der Albert-Schweitzer Gasse ONr6 zur Errichtung einer Parkzone für einspurige Kraftfahrzeuge in den Monaten Mai bis November prüfen und die Ergebnisse der Penzinger Mobilitätskommission mitteilen. Dieses temporäre Halteverbot soll die Dimension von zwei Längsparkplätzen dabei nicht überschreiten.

Begründung:

Bürgerwunsch: Derzeit werden in der Albert Schweizer Gasse einspurige Kraftfahrzeuge (Motorräder, Mopeds) individuell entlang der gesamten Gasse abgestellt. Dadurch kommt es vereinzelt zu Stellplatzverlusten, sowie einer Gefährdung der abgestellten einspurigen Kraftfahrzeuge, da diese im Zuge des Parkens umgeworfen werden können. Ein temporäres Halteverbot würde somit einen positiven Effekt in der Parkraumsituation, sowie eine zusätzliche Sicherung der abgestellten einspurigen Kraftfahrzeuge bewirken.

Samuel Mayrl
Bezirksrat

Andreas Eisenbock
Bezirksrat

Simone Schalk-Jaschke
Bezirksrätin

FPO PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27/09/2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky sowie die für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zuständige amtsführende Stadträtin Mag. Ulrike Sima zu prüfen vor welchen öffentlichen Gebäuden in Penzing Begrünungen ähnlich jener in der Rathausstrasse 8 in 1010 Wien möglich und sinnvoll sind. Das Ergebnis soll dem Umweltausschuss vorgelegt werden.

Begründung

In den unterschiedlichen Ausschüssen und Kommissionen mussten gewünschte Baumpflanzungen mangels Umsetzbarkeit oder auch aus finanziellen Gründen abgesagt werden. Die Begrünung vor dem Permanenzdienst der Stadt Wien und der Magistratsdirektion - Geschäftsbereich Bauten und Technik, Services Interne Leistungen stellt eine großflächige schattenspendende Alternative dar und sollte daher auch in das penzinger Stadtbild einfließen.



Harald Stark

FPO PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den Amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, am Grundstück KG Hütteldorf, GstNr. 781/1 EZ 561 („Sommerschule“, „Lagerwiese“) Sammelbehältnisse für Papier, für Kunststoff und Metall sowie für Weiß- & Buntglas aufstellen zu lassen.

Begründung

Die Lagerwiese ist ein beliebter Ort zum Picknicken und zum sonstigen Verweilen. Oftmals werden dabei mitgebrachte Speisen und Getränke konsumiert. Um die Mülltrennung zu erleichtern und einer Verschmutzung der Örtlichkeit zusätzlich vorzubeugen, erscheint es angebracht, Sammelbehältnisse für Papier, für Kunststoff und Metall sowie für Weiß- & Buntglas aufzustellen.

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

BR Harald Stark

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den Amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, erneut, im unmittelbaren Nahbereich der beiden am Grundstück KG Hütteldorf, GstNr. 781/1 EZ 561 („Sommerschule“, „Lagerwiese“) befindlichen Spielplätze Hinweisschilder auf die derzeit vorhandenen Wasserentnahmestellen sowie auf die vorhandene Toilette herstellen zu lassen.

Begründung

Dass, wie in der Antragsbeantwortung vom 8. September 2023, Zl.: BVP14-867072-2023, BV14-775501-23 offenbar insinuiert wird, aus dem Umstand, dass den Stadtgärten keine Hinweise der Parkbesucher bekannt seien, wonach die Trinkbrunnen und die WC Anlage nicht auffindbar seien, abzuleiten sei, dass kein Problem besteht, kann nicht nachvollzogen werden.

Wie im in der Sitzung der BV 14 vom 28. Juni 2023 angenommenen Antrag ausgeführt, konnte sich der sich auf der Lagerwiese mehrmals die Woche aufhältige Antragsteller selbst mehrfach davon überzeugen, dass einer Vielzahl an Besuchern die Position der Wasserentnahmestellen und der WC Anlage schlicht unbekannt ist.

Abgesehen davon, dass man mit einer WC Anlage nicht automatisch – wie hier gegeben - eine zusätzliche Trinkwasserentnahmestelle verbindet, scheint das Nichtbeschweren über die Nichtauffindbarkeit vielmehr daran zu liegen, dass die Wasserentnahmestellen eben nicht aufgefunden wurden.

Zudem erscheint allgemein fraglich, wie man sich über die Nichtauffindbarkeit von etwas beschweren können soll, von dessen Existenz man gar nichts weiß. Im Falle hingegen, dass eine der Trinkwasserentnahmestellen bzw. das WC aufgefunden wurde, scheint offenbar für die „Finder“ eine Beschwerde ohne Nutzen aber mit Aufwand verbunden zu sein und daher unterlassen zu werden. Gerade in solchen Fällen ist die Bezirkspolitik gefordert, die an den Menschen „nahe dran“ ist.

Was die in der Antragsbeantwortung angesprochen Übersichtsschilder betrifft, haben diese eine Dimension, die einen eigenen Hinweis auf deren Existenz (und gute Augen) erfordern würde. Bei den Spielplätzen aufgestellte Hinweispfeile vermögen diese keinesfalls zu ersetzen.

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Schulweg Sonnenweg Anzbachgasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die MA 28 wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass der Gehsteig Ecke Sonnenweg / Anzbachgasse gemäht, bzw. gepflegt wird, damit er auch von den Schulkindern benutzt werden kann.



Begründung

Dieser Gehsteig wird als Schulweg verwendet und gebraucht.



Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Stationsanzeige Linienbusse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Peter Hanke, wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass in allen in Penzing verkehrenden Linienbussen nicht nur die Endstation, sondern auch zumindest die nächste Haltestelle auf der elektronischen Anzeige für die Fahrgäste ersichtlich gemacht wird.

Begründung:

Eine solche Anzeige ist nicht bei allen in Penzing verkehrenden Linienbussen gegeben. Vor allem im Sinne der Nichtdiskriminierung gehörgeschädigter Fahrgäste, ist eine solche Anzeige in allen in Penzing verkehrenden Linienbussen erforderlich.

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

BR Harald Stark

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27/09/2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky für eine Verbesserung der Bewässerung der Grünflächen in Penzing zu sorgen und die geplanten Maßnahmen dem Umweltausschuss vorzulegen.

Begründung

Bereits Anfang Juli 2023 waren viele Grünstreifen in Penzing, wie z.B. der Bereich Hütteldorferstrasse 128, komplett ausgetrocknet. Verbesserungsmaßnahmen sind daher absolut notwendig.



FPÖ PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Verbesserung der Abbiegemöglichkeit Hauptstraße - Badgasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, wird ersucht, für die auf der Hauptstraße stadtauswärts fahrenden Fahrzeuge eine eigene Ampelphase zum besseren Linksabbiegen in die Badgasse zu schaffen.

Begründung:

Durch die Sanierung der Westausfahrt wurde das Linksabbiegen von der Brauhausbrücke in die Wientalstraße verboten. Fahrzeuglenker, die nicht stadteinwärts auf der Linzer Straße bis zu den in weiterer Folge gegebenen Zufahrten zum Hietzinger Kai fahren wollen, vor allem solche, die aus dem Gebiet Mariabrunn und westlich davon kommen, nehmen die Zufahrt über die Badgasse, was ein deutlich erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der Hauptstraße bedeutet.

Damit verbunden ist ein Rückstau auf der stadtauswärts führenden Seite der Badgasse, der auch jene Fahrzeuge am Fortkommen hindert, welche die Kreuzung Hauptstraße/Badgasse Richtung Westen (auf der Hauptstraße bleibend) überqueren wollen.
Um dem entgegenzuwirken, ist eine eigene Abbiegephase (z.B. durch ein Rotsignal für auf der Hauptstraße stadteinwärts fahrende Fahrzeuge) eine probate Möglichkeit.

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

BR Harald Stark

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27/09/2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky sowie die für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zuständige amtsführende Stadträtin Mag. Ulrike Sima entlang der Kaltluftschneisen in Penzing eine Begrünung der Wartehäuschen vor dem Sommer 2024 umzusetzen.

Begründung

Pilotprojekte der Wiener Linien und der Werbegesellschaft Gewista haben aufgezeigt, dass eine Begrünung möglich und auch sinnvoll ist. Da derzeit eine Begrünung nur bei Neuerrichtung oder Sanierung vorgesehen ist, werden Luft und Temperaturverbesserungen wohl erst in vielen Jahren zu erwarten sein. Daher erachten wir es als notwendig und sinnvoll die Begrünung der Wartehäuschen entlang der penzinger Kaltluftschneisen vorzuziehen um bereits nächsten Sommer einen spürbaren Effekt zu erzielen.

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

BR Harald Stark

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag für einen „Runden Tisch“ zu Auswirkungen der Wohnungslosenhilfe für Anrainer/innen in der Seckendorfstraße

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Frau Bezirkvorsteherin wird gebeten, einen „Runden Tisch“ mit Fachexpert/innen (zum Beispiel mit Vertreter/innen des monatlichen „Sicherheits-Jour fixe sowie des Fonds Soziales Wien, des Roten Kreuz, der Sucht- und Drogenkoordination Wien) einzuladen, um Auswirkungen der Wohnungslosen-Angebote in der Hötteldorfer Straße 188 auf die Anrainer/innen zu evaluieren und einen Maßnahmenkatalog für Verbesserungen der aktuellen Situation zu erstellen und die Ergebnisse dieses „Runden Tisches“ der Bezirksvertretung in geeigneter Art und Weise zukommen zu lassen.

Begründung:

Es ist unbestritten, dass wohnungslosen Personen rasch und unbürokratisch geholfen wird.

Gleichzeitig schwindet das Verständnis in der Bevölkerung für solche Maßnahmen und Angebote, wenn man hört, dass wohnungslose Personen regelmäßig in den Fluren des Wohnhauses Seckendorfstraße 1-3 übernachten. In diesen Fällen müssen Kinder und Teenager oft über schlafende Fremde steigen, um zu ihren Wohnungstüren zu gelangen. Des Weiteren wird uns von regelmäßigen Einsätzen der Rettung und der Polizei berichtet, in der Regel wegen Trunkenheit und Ruhestörung. Die Anrainer/innen können kaum eine Nacht ungestört durchschlafen.

Der beantragte „Runde Tisch“ soll einerseits wechselseitiges Verständnis für die subjektiv empfundene Lage schaffen, Fakten liefern, die Diskussion versachlichen und im Idealfall Lösungen für ein besseres subjektives Sicherheitsgefühl erarbeiten.

Mag. Natascha Fussenegger
BVin-Stellvertreterin

BR Mag. Markus Keschmann
Klubobmann

BezRin Mag. Simone Schalk Jaschke

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag auf Evaluierung der Verkehrssituation Hochsatzengasse # Hadikgasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima wird gebeten, gemeinsam mit den zuständigen Dienststellen der Stadt Wien MA 28 und MA 46 die aktuelle Verkehrssituation bei der Kreuzung Hochsatzengasse # Hadikgasse insbesondere hinsichtlich Verkehrsflusses zu den Stoßzeiten und Beeinträchtigungen für den Bus 47A zu evaluieren und kurzfristige und mittelfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses vorzuschlagen.

Zur Vorbereitung der weiteren Entscheidungen von Seiten der Bezirksvertretung sollen die oa. Vorschläge (Rückmeldung der Dienststellen) in der Mobilitätskommission beraten werden.

Begründung:

Es ist unbestritten, dass eine Großstadt wie Wien Verkehrslösungen für alle Mobilitätsteilnehmer/innen braucht.

Es ist auch unbestritten, dass es Aufholbedarf bei der Radfahr-Infrastruktur gibt. Warum aber Luxus-Radwege ohne adäquate Einbindung des Bezirks zu Lasten aller anderen Mobilitätsteilnehmer/innen inklusive des öffentlichen Verkehrs errichtet werden, ist nicht nachvollziehbar.

An gegenständlicher Kreuzung wurden links und rechts jeweils breite Radwege errichtet, was zur Folge hat, dass insbesondere durch den Wegfall der reinen Rechts-Abbiegespur auch der Geradeaus-Verkehr kollabiert, weil die Rechtsabbieger durch Fußgänger/innen und Radfahrer/innen nicht entsprechend abbiegen können und damit auch den Geradeausverkehr blockieren. Zudem wurde die Busbucht des 47A baulich aufgelöst, so dass nunmehr auch die Abfertigung des 47A den Fließverkehr hemmt.

Unzählige Bürger-Beschwerden sind dazu bei uns eingelangt. Der Stau, in dem auch der 47A steckt, erstreckt sich sogar in den Sommermonaten bis zur Linzer Straße. Insgesamt wurde eine bauliche Maßnahme um Steuergeld umgesetzt, die keinem Mobilitätsteilnehmer gerecht wird, bei allen für Unmut und Unverständnis sorgt und das gegenseitige Verständnis für die unterschiedlichen Bedürfnisse verringert – eine vertane Chance!

BR Mag. KO Markus Keschmann

BezRin Mag. Simone Schalk Jaschke

BR Samuel Mayrl, BA

Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag^a Ulli Sima, sowie die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die MA28 und die MA46, werden ersucht, Vorschläge zur dauerhaften Unterbindung des Abstellens von Fahrzeugen auf den Gehsteigen im Kreuzungsbereich Matznergasse mit der Märzstraße zu erarbeiten.

Die entsprechenden Vorschläge sollen der Mobilitätskommission vorgelegt werden.

Begründung

In der Märzstraße im Kreuzungsbereich mit der Märzstraße werden die breiten Gehsteige regelmäßig zum temporären Abstellen von KFZ benutzt. Besonders beliebt sind diese Gehsteigbereiche in Nähe der Schule zum Hinbringen und Abholen von Schulkindern. Die Verkehrssituation ist für Schulkinder unübersichtlich und es kommt zu gefährlichen Situationen. Eltern und Lehrer:innen der Volksschule Märzstraße wünschen sich hier eine dauerhafte Lösung für einen sicheren Schulweg.



DIE GRÜNEN
BEZIRKSORGANISATION PENZING



Anneliese Kästner-Hejda BA MA

Bezirksrätin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnende Bezirksrätin der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Verkehrssicherheit Mauerbachstrasse/Nestroygasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 42 wird um Pflanzung eines Baums auf der Grünfläche Mauerbachstrasse/Nestroygasse ersucht.

Begründung:

Bürgerwunsch. Die Büsche an der Ecke Mauerbachstrasse/Nestroygasse behindern die Sichtverhältnisse der einfahrenden PKWs in die Mauerbachstrasse sowie den Kontrollblick der Kinder, die zu Fuß die Nestroygasse queren. Die Pflanzung eines Baumes mit dünnem Stamm, würde die Situation wesentlich verbessern.



BR Samuel Mayerl

BVStvin. Natascha Fussenegger

BRIn Ulli Jezik

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnende Bezirksrätin der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

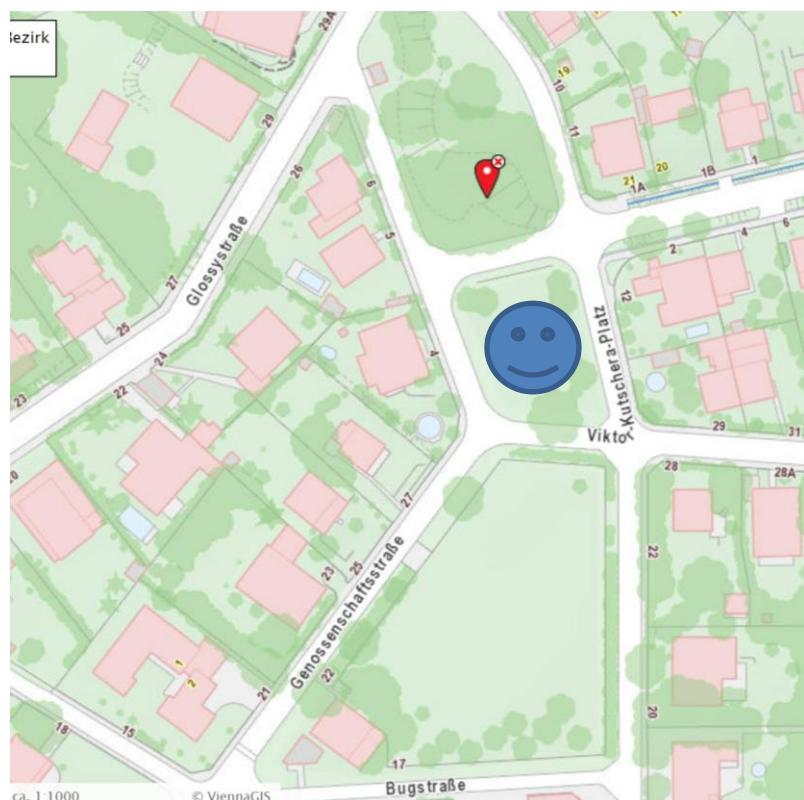
Antrag für einen neuen Spielplatz

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 42 wird ersucht, die ungenutzten Grünflächen des Viktor Kutschera Platzes auf ihre Eignung als Spielplatz zu prüfen. Das Ergebnis inkl. einer Einschätzung der Errichtungskosten eines kleinen Spielplatz je nach nutzbarer Fläche soll der Kommission für Kinder, Jugend und Senioren berichtet werden.

Begründung:

Bürgerwunsch. Der Fußball- und Volleyballplatz am V. Kutschera Platz wird gut von älteren Kindern und Jugendlichen frequentiert. Jüngere Geschwister haben aber keine Möglichkeit in der näheren Umgebung zu spielen. Der ungenutzte Grünraum würde sich für einen kleinen Spielplatz anbieten.



BR Sebastian Mühlbauer

BVStvin. Natascha Fussenegger

BRIn Ulli Jezik

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnende Bezirksrätin der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag für Wiederherstellung des Wartehäuschen Station Rettichgasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Stadtrat Peter Hanke wird ersucht sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass das Wartehäuschen der Station Rettichgasse stadteinwärts wieder vollständig hergestellt wird.

Begründung:

Bürgerwunsch. Beim Wartehäuschen der Station Rettichgasse stadteinwärts wurden Anfang Juli 2023 die Seitenwände und die Sitzbank entfernt und bis dato nicht wieder angebracht. Es wäre überdies sehr gewünscht nicht nur die eine Sitzbank wieder zu montieren sondern auch gleich eine zweite Sitzbank auf der rechten Seite im Wartehäuschen zu befestigen, da diese Station stark frequentiert wird.

FRÜHER



HEUTE



BR Samuel Mayrl

BVStv. Natascha Fussenegger

BRin Ulli Jezik

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: öKlo statt Mobiklo

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, konkret die Magistratsabteilung 22 (Umweltschutz), die Magistratsabteilung 42 (Wiener Stadtgärten) und die Magistratsabteilung 48 (Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark), werden aufgefordert in Absprache miteinander die mobile Toiletteanlage im H.-C.-Armann-Park durch ein umweltfreundliches Öko-Klo (öKlo) zu ersetzen.

Begründung:

Bürgerwunsch. Die derzeitige mobile Toilettenanlage führt laut Anwohnern bei leichtem Wind leider zu einer Geruchsbelästigung. Dies macht die Benutzung der Bänke für Menschen mit empfindlichem Geruchssinn in der Nähe kaum möglich.

Sebastian Mühlbauer, MA

Bezirksrat

Andrea Grabner, MA

Bezirksrätin

Mag. Natascha Fussenegger

Stellvertretende Bezirksvorsteherin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Evaluierung der Schulwegpläne

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz - Christoph Wiederkehr - wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der zuständigen Magistratsabteilung 46 eine Evaluierung und Aktualisierung der Schulwegpläne in Penzing (VS Breitenseer Straße, VS Diesterweggasse, VS Felbigergasse, VS Hadersdorf Hauptstraße, VS Hochsatzengasse, VS Karl-Toldt-Weg, VS Linzer Straße, VS Lortzinggasse, VS Märzstraße, VS Mondweg, VS Zennerstraße) durchzuführen.

Begründung:

Unfälle auf dem Schulweg stellen nach wie vor eine beunruhigende Realität in Wien dar. Die Sicherheit unserer Kinder hat oberste Priorität. In Stichproben hat sich gezeigt, dass einige der veröffentlichten Schulwegpläne bereits 15-20 Jahre alt sind und beispielsweise nicht mehr aktuelle Straßenzüge oder bereits durch U-Bahnen ersetzte Straßenbahnenlinien beinhalten. Die Stadt Wien muss daher die teils längst veralteten Schulwegpläne schnellstmöglich evaluieren und gegebenenfalls anpassen.

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Andrea Grabner, MA
Bezirksrätin

Mag. Barbara Gullner
Bezirksrätin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Rückkehr zu den alten dichteren Intervallen auf der Linie 10

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Der zuständige Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke, wird ersucht, in Zusammenwirken mit den Wiener Linien dafür zu sorgen, dass die Linie 10 in ihren alten dichten Intervallen (vor der Fahrplanausdünnung durch das Totalversagen im Bereich der Personalplanung der Wiener Linien) verkehrt.

Begründung:

In Medienberichten (u.a. ORF.at – <https://wien.orf.at/stories/3219041/>) wurde bestätigt, dass das Versprechen einer Rückkehr zu den alten Intervallen im September 2023 nicht eingehalten wurde. Einige Linien werden auch seit September „aufgrund eines dauerhaft geringeren Fahrgastaufkommens“ weiter in längeren Intervallen geführt.

Es ist nachvollziehbar, dass sowohl eine Pandemie als auch ein unzureichendes und unverlässliches Öffi-Angebot wegen Personalmangels das Fahrgastaufkommen verringern. Es ist jedoch kontraproduktiv, die Intervalle in einer Zeit zu verschlechtern, in der wir Menschen zum Umstieg vom Auto auf die Öffis motivieren wollen, und dies aufgrund des geringeren Fahrgastaufkommens während solch außergewöhnlichen und teils selbstverschuldeten Situationen zu begründen.

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Samuel Mayrl
Bezirksrat

Andrea Grabner, MA
Bezirksrätin

DI Andreas Eisenbock, BA MA Msc
Bezirksrat

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Social Media Kanäle der Bezirksvorstehung – Löschen von Links zur SPÖ Penzing

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die Frau Bezirksvorsteherin wird gebeten einzuleiten, dass alle Verlinkungen zur SPÖ auf den offiziellen durch Mitarbeiter der Bezirksvertretung betreuten Kanäle entfernt werden. Dazu zählt unter anderem der Link zur SPÖ-Seite auf dem Linktree (https://linktr.ee/michaela_schuechner) des Instagram Accounts der Bezirksvorsteherin (https://www.instagram.com/michaela_schuechner/)

Begründung:

In Antwort auf die Anfrage der Wiener Volkspartei (BV 796250/23) bestätigte Bezirksvorsteherin Michaela Schüchner, dass auf den von der Bezirksvorstehung betreuten Facebook- und Instagram-Kanälen parteipolitische Beiträge veröffentlicht wurden, welche die SPÖ teils direkt, teils indirekt bewerben. Zudem verweist der Instagram-Account der Bezirksvorsteherin über den Linktree weiterhin auf die Seite der SPÖ Penzing.

Die Wiener Volkspartei

Penzing

In den letzten Tagen kritisierte auch der Rechnungshof eine „Vermischung der Spähren von Regierungs- und Parteiarbeit“ auf den Social Media Accounts von Regierungspolitikern – unter anderem „DerStandard“ und „Profil“ haben darüber berichtet. Aus Sicht des Rechnungshofes könnte dies auch in rechtlicher Hinsicht "problematisch" werden, heißt es in dem Bericht wörtlich. Konkret "könnte eine unzulässige Spende nach dem Parteiengesetz vorliegen".

In Wien ist diese schiefen Optik nichts Neues und auch kein Einzelfall. 2015 schalteten die NEOS den Rechnungshof und die Korruptions-Staatsanwaltschaft wegen eines ähnlichen Vorfalls in der Donaustadt ein.

(https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150904OTS0146/spoe-inserate-sind-fall-fuer-korruptions-staatsanwalt).



SPÖ-Inserate sind Fall für Korruptions-Staatsanwalt

NEOS schaltet auch Rechnungshof ein

Wien (OTS) - "Wie ungeniert sich die SPÖ am Steuertopf bedient um ihre Selbstbewehräucherung zu finanzieren, zeigt ein neues Beispiel aus der Donaustädter Bezirkszeitung: Zwei zum Verwechseln ähnliche Inserate des Bezirkvorstehers Ernst Nevrivy legen den Verdacht nahe, dass hier öffentliche Gelder für Parteiwerbung verwendet wurden. NEOS hat daher eine Sachverhaltsdarstellung bei der Korruptions-Staatsanwaltschaft und beim Rechnungshof eingebracht", berichtet Beate Meini-Reisinger, NEOS-Spitzenkandidatin.

Statt den möglichen Missstand zu beheben, die betreffenden Beiträge zu entfernen und Verlinkungen zur SPÖ zu löschen, wurde lediglich versprochen, künftig der Opposition keine Reichweiteninformationen (Insights) der Kanäle mehr bereitzustellen. Die Wiener Volkspartei hofft, dass es sich bei dieser Reaktion auf die Anfrage lediglich um ein Missverständnis handelt und erwartet entsprechende Maßnahmen seitens der Bezirksvorsteherin und Bezirksvorstehung.

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Mag. Markus Keschmann
Klubobmann

Andrea Grabner, MA
Bezirksrätin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Social Media Kanäle der Bezirksvorstehung – Löschen von SPÖ-Beiträgen

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die Frau Bezirksvorsteherin wird gebeten einzuleiten, dass folgende Beiträge auf den offiziellen Social-Media-Kanälen der Bezirksvorsteherin gelöscht werden:

- 6. Juni 2023 – Gratulation Andreas Babler zur Wahl als neuer SPÖ Bundesparteivorsitzender
- 12. Februar 2023 – SPÖ Kranzniederlegung
- 26. Juni 2021 – 45. Ordentlicher Bundesparteitag der SPÖ
- 19. Mai 2021 – Wahlwerbun VSStÖ
- 24. Juli 2021 – Werbung Rote Falken Penzing
- 23. August 2021 – Einladung zur Demonstration der SPÖ, Grünen, LINKS, Junge Generation, Rote Falken, SoHo SPÖ, VSStÖ, aks und SJ

Begründung:

In Antwort auf die Anfrage der Wiener Volkspartei (BV 796250/23) bestätigte Bezirksvorsteherin Michaela Schüchner, dass auf den von der Bezirksvorstehung betreuten Facebook- und Instagram-Kanälen parteipolitische Beiträge veröffentlicht wurden, welche die SPÖ teils direkt, teils indirekt bewerben. Zudem verweist der Instagram-Account der Bezirksvorsteherin über den Linktree weiterhin auf die Seite der SPÖ Penzing.

Die Wiener Volkspartei

Penzing

In den letzten Tagen kritisierte auch der Rechnungshof eine „Vermischung der Spähren von Regierungs- und Parteiarbeit“ auf den Social Media Accounts von Regierungspolitikern – unter anderem „DerStandard“ und „Profil“ haben darüber berichtet. Aus Sicht des Rechnungshofes könnte dies auch in rechtlicher Hinsicht "problematisch" werden, heißt es in dem Bericht wörtlich. Konkret "könnte eine unzulässige Spende nach dem Parteiengesetz vorliegen".

In Wien ist diese schiefen Optik nichts Neues und auch kein Einzelfall. 2015 schalteten die NEOS den Rechnungshof und die Korruptions-Staatsanwaltschaft wegen eines ähnlichen Vorfalls in der Donaustadt ein.

(https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150904OTS0146/spoe-inserate-sind-fall-fuer-korruptions-staatsanwalt).



SPÖ-Inserate sind Fall für Korruptions-Staatsanwalt

NEOS schaltet auch Rechnungshof ein

Wien (OTS) - "Wie ungeniert sich die SPÖ am Steuertopf bedient um ihre Selbstbewährerücherung zu finanzieren, zeigt ein neues Beispiel aus der Donaustädter Bezirkszeitung: Zwei zum Verwechseln ähnliche Inserate des Bezirkvorstehers Ernst Nevrivy legen den Verdacht nahe, dass hier öffentliche Gelder für Parteiwerbung verwendet wurden. NEOS hat daher eine Sachverhaltsdarstellung bei der Korruptions-Staatsanwaltschaft und beim Rechnungshof eingebracht", berichtet Beate Meini-Reisinger, NEOS-Spitzenkandidatin.

Statt den möglichen Missstand zu beheben, die betreffenden Beiträge zu entfernen und Verlinkungen zur SPÖ zu löschen, wurde lediglich versprochen, künftig der Opposition keine Reichweiteninformationen (Insights) der Kanäle mehr bereitzustellen. Die Wiener Volkspartei hofft, dass es sich bei dieser Reaktion auf die Anfrage lediglich um ein Missverständnis handelt und erwartet entsprechende Maßnahmen seitens der Bezirksvorsteherin und Bezirksvorstehung.

Sebastian Mühlbauer, MA

Bezirksrat

Mag. Markus Keschmann

Klubobmann

Andrea Grabner, MA

Bezirksrätin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag: Echte Koordination bei Sommerbaustellen statt Öffi-, Rad- und Auto-Chaos

Die Bezirksvertretung spricht sich allgemein dafür aus, dass ein abgestimmtes Baustellenmanagement zwischen Individualverkehr und den öffentlichen Verkehrsmitteln sinnvoll ist.

Begründung:

Die Menschen müssen sich auf die Öffis verlassen können – und zwar das ganze Jahr.

Seit Beginn des Sommers haben die Wienerinnen und Wiener fast keinen Tag erlebt, bei dem es nicht zu Frustrationen in den Wiener Öffis kam: Baustellen im Sommer auf der Straße und Sanierungsarbeiten bei den Öffis sind ja per se nichts neues. Aber warum Wien dermaßen im Verkehrschaos versunken ist, wirft viele Fragen auf.

Die Wienerinnen und Wiener, die auch im Sommer von und zur Arbeit kommen müssen, erwarten sich Antworten, wie es zu dem derzeitigen Chaos kommen konnte. Antworten wie:

1. Wurde, bevor mit den Bauarbeiten begonnen wurde, das Baustellenmanagement mit Daten zum vorhandenen Individualverkehr und bereits geplanten Straßenbaustellen koordiniert?
2. Nach welchen Kriterien wurde entschieden, wann welche Baustelle umgesetzt wird?
3. Welches Datenmaterial wurde als Grundlage zur Entscheidungsfindung genutzt?
4. Wie wurde entschieden, wo und ob es einen Schienen-Ersatz-Verkehr (SEV) braucht?

Die Wiener Volkspartei

Penzing

5. Wie gedenkt die Stadt Wien im kommenden Jahr eine Situation wie diese zu verhindern?

Als Bezirk stehen wir auf der Seite der Wienerinnen und Wiener und sprechen uns klar für eine echte Koordination der Sommerbaustellen in Wien. Denn die Menschen wissen nicht, wie sie denn bei den vielen Straßenbaustellen auf den Individualverkehr verzichten sollen, wenn auch der öffentliche Verkehr de facto zum Erliegen kommt:

Wenn der Bus nicht kommt, weil es keine Fahrer gibt. Wenn die Straßenbahn nicht fahren kann, es aber auch keinen Schienen-Ersatz-Verkehr gibt. Wenn die U-Bahn nicht fährt, weil die Strecke in der Mitte einfach unterbrochen ist und man so erst recht umsteigen muss und somit länger von A nach B braucht.

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Andrea Grabner, MA
Bezirksrätin

Samuel Mayrl
Bezirksrat

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgende

Antrag für die Neugestaltung des Spielplatzes im Gemeindebau Rosentalgasse 15

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die für Wiener Wohnen zuständige amtsführende Stadträtin Kathrin Gaál wird ersucht, die Neugestaltung des Spielplatzes im Gemeindebau in der Rosentalgasse 15 zu veranlassen.

Begründung:

Bürgerwunsch: Im Rahmen einer Sprechstunde der Frau Bezirksvorsteherin gemeinsam mit den Wohnpartnern von Wiener Wohnen wurde seitens der Bewohner der dringende Bedarf zur Neugestaltung bzw. Sanierung des Spielplatzes kommuniziert. Aus eigener Wahrnehmung wurde die Umsetzung dieser Maßnahme von den Bewohnern vor Ort mit hoher Priorität - auch im Sinne einer Konfliktvermeidung durch einen hohen Lärmpegel in der Anlage - eingebracht.

Mag. Simone Schalk-Jaschke
Bezirksrätin

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Franz E. Lerch, MBA
Bezirksrat

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 27.09.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag auf Anpassung der Ampelschaltung Kreuzung Hauptstraße/Badgasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 33 wird ersucht, eine Anpassung der Ampelschaltung bei der Kreuzung Hauptstraße/Badgasse entsprechend dem Verkehrsgeschehen, insbesondere zu den Stoßzeiten, durchzuführen.

Begründung:

Bürgerwunsch: Unzählige Bürger-Beschwerden sind dazu bei uns eingelangt. Zu den Stoßzeiten kommt es zu einem langen Rückstau auf der Hauptstraße, bedingt durch den Linksabbieger stadtauswärts in die Badgasse, da diese aufgrund des Geradeausverkehrs stadteinwärts nicht abbiegen können. Die eingereihten Linksabbieger blockieren ebenso den Geradeausverkehr stadtauswärts.

Ziel muss es sein den Verkehr flüssiger zu gestalten, die Fahrzeit zu verringern und damit auch den Kraftstoffverbrauch und die damit verbundene CO2 Belastung zu reduzieren, insbesondere da diese Kreuzung im Wohngebiet liegt. Die Verkehrssicherheit würde durch die Begünstigung des Fließverkehrs wesentlich verstärkt werden.

Eine Anpassung der Ampelschaltung kann diese Problematik effektiv lösen.

Mag. Simone Schalk-Jaschke
Bezirksrätin

Samuel Mayrl, BA
Bezirksrat

Mag. Sabine Gwiss
Bezirksrätin



Die unterfertigenden Bezirksräti:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 13.12.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

ANTRAG

Die Stadträtin für Kultur und Wissenschaft Veronica Kaup-Hasler, sowie die zuständige Stelle des Magistrats der Stadt Wien, die MA7, werden ersucht, den neuen Rad-und Fußweg zwischen Hochsatzengasse und Deutschordenstraße nach der Bewegung „Ni Una Menos“ in „Ni Una Menos Weg“ zu benennen.

BEGRÜNDUNG

Ni Una Menos bedeutet übersetzt aus dem Spanischen: "Nicht eine weniger". Die Benennung des Verbindungsweges würde in Anlehnung an die 2015 gegründete lateinamerikanische feministische Bewegung erfolgen. Die Benennung des Weges nach Ni Una Menos ist ein Zeichen gegen Femizide, und des Gedenkens an alle Femizide und jede Art von Gewalt gegen Frauen*.

Anneliese Kästner-Hejda, BA MA
Bezirksrätin (GRÜNE)

Ona Zama
Bezirksrätin (SPÖ)

Mag.^a Silke Baron
Bezirksrätin (GRÜNE)

Sandra Hochmayr
Bezirksrätin (SPÖ)



Die unterfertigenden Bezirksräte:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 13.12.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag auf Abhaltung einer Bürgerversammlung gemäß §104c WStV

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass gemäß §104c WStV eine Bürgerversammlung zum Thema „Umgestaltung Vorplatz S45 Breitensee“ für die an den Platz angrenzenden BewohnerInnen im Gebiet Leyserstraße – Spallartgasse–Hickelgasse - Goldschlagstraße abzuhalten ist.

In die BürgerInnenversammlung sollen die Ergebnisse der bereits abgehaltenen BürgerInnenbeteiligung am 19.10.23 und 23.10.23 einfließen.

Begründung

Um das Areal optimal im Sinn der betroffenen AnrainerInnen zu nutzen, soll eine BürgerInnenversammlung als Instrument der direkten Demokratie umgesetzt werden.

Alejandro Peña
Bezirksrat

Emine Gül
Bezirksrätin

Ewald Lochner
Bezirksrat

Ona Zama
Bezirksrätin

Martin Bach
Bezirksrat

Sonja Aktas
Bezirksrätin

Richard Sattler
Bezirksrat

Claudia Kavlik
Bezirksrätin

Werner Felsberger
Bezirksrat

Sandra Hochmayr
Bezirksrätin

Peter Deschkan
Bezirksrat



Die unterfertigten Bezirksräti:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 13.12.2023 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stadträti:nnen für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima und der zuständige Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky, werden ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen 28, 33, 42 und 46 zu beauftragen, unter Berücksichtigung des Konzeptes „Raus aus dem Asphalt - begrünen, entsiegeln und kühlen - für eine klimafitte Zukunft“ sowie unter Berücksichtigung der Wünsche der Anrainer:innen, eine Umgestaltung des H.C.-Artemann Parks und die Neugestaltung des Platzes rund um den H.C.-Artemann Park inklusive dem an den Park angrenzenden Bereich von Kendlerstraße bis Matthias-Schönerer-Gasse und von Breitenseer Straße-Schanzstraße zu erarbeiten. Dieses soll dann in der Bezirksentwicklungs- und Klimakommission vorgestellt und beraten werden.

Begründung

Der H.C.-Artemann Park ist einer der wenigen Parks im inneren, dicht verbauten Bereich Penzings. Mit einer Umgestaltung unter Berücksichtigung des Konzepts „Raus aus dem Asphalt“ und den Ergebnissen eines Bürger:innenbeteiligungsverfahrens soll dieser Bereich eine noch wertvollere Aufenthaltsfläche für die Bevölkerung werden.

Martin Bach
Bezirksrat (SPÖ)

Anneliese Kästner-Hejda, BA MA
Bezirksrätin (GRÜNE)

Wolfgang Gerold
Bezirksrat (NEOS)

Sandra Hochmayr
Bezirksrätin (SPÖ)

Mag.^a Silke Baron
Bezirksrätin (GRÜNE)

13.12.2023 Antrag Parkverbot in der Umkehrzone Rettichgasse

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Penzing stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 13.12.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Parkverbot in der Umkehrzone Rettichgasse

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima wird ersucht, in der Umkehrzone am Ende der Rettichgasse (zwischen Hausnummer 1A und 2) ein deutlich beschildertes Parkverbot zu erlassen.

Obwohl es sich deutlich um eine Umkehrzone handelt, wird diese regelmäßig von Autos zugeparkt.

Begründung:

Das Umkehren in der Zone wird durch die geparkten Autos massiv erschwert, zudem werden Fußgänger am Durchgehen auf der Seite behindert.



Alexander Zöchling

Wolfgang Gerold

Birgit Breitenlacher

Roland Kariger

Wien, am 13.12.2023



Wien, am 04.12.2023

Das unterfertigende Mitglied der Bezirksvertretung Penzing stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 13.12.2023 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag
Erweiterung der Information auf
wien.gv.at/bezirke/penzing

Der Presse- und Informationsdienst (MA 53) wird ersucht, auf der Webseite des Bezirkes Penzing im Unterpunkt "Gesundheit und Soziales im 14. Bezirk" Informationen zu ergänzen. Diese Informationen sollen Links zu bestehenden Informationsmaterialien, Dateien und Beratungsstellen zu folgenden Punkten beinhalten:

- Sexualberatungsstellen
- Verhütungsberatung
- Beratung für ungewollt schwangere Frauen
- Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen
- Beratung und Intervention in Fällen sexueller Misshandlung
- HIV-Testmöglichkeiten und Beratungseinrichtungen im Rahmen des Fast-Track City Programmes

Begründung

Diese Informationen sollen den Menschen in Penzing einen leichteren Zugang zu Informationen und Beratungsmöglichkeiten über Verhütung und Schwangerschaft bieten. Die Bereitstellung von umfassender und leicht verständlicher Information zu den Themen Safer Sex, sexuelle Gewalt, HIV, ungewollte Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch können für Menschen eine Erleichterung im Zugang zu wichtigen Beratungsstellen sein. Sex, Verhütung, sexuell übertragbare Krankheiten und Schwangerschaftsabbruch sind stigmatisierte Themen. Sowohl ein offener Umgang damit als auch der Zugang zu Informationen und Beratung stellen eine Verbesserung bestehender Gesundheitsinformationen dar.

Lisa Rodlauer



Wien, am 04.12.2023

Das unterfertigende Mitglied der Bezirksvertretung Penzing stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.09.2023 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag
Bezirkshomepage in leichter Sprache

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien (Presse- und Informationsdienst (MA 53, verantwortlich für den Inhalt der Homepage und Wien Digital (MA 01), technische Verantwortung), werden ersucht, die Penzinger Bezirkshomepage auch in leichter Sprache anzubieten.

Begründung

Leichte Sprache ist für Menschen mit Behinderung, Menschen mit Lernschwächen, aber auch für Kinder und ältere Menschen sehr wichtig. So können sie sich informieren, welche Angebote es gibt. Des Weiteren bekommen sie die Möglichkeit, sich mit anderen Menschen über den Bezirk auszutauschen. Leichte Sprache ist eine vereinfachte Form der Alltagssprache, die klar genormt ist.

Beispiele für Regeln der leichten Sprache sind:

- keine Nutzung von Fremdwörtern
- keine Nutzung von Abkürzungen
- kurze Sätze mit einfachem Satzbau
- übersichtliche Struktur durch Absätze und Zwischenüberschriften
- einfache, große Schrift

Damit werden wichtige Informationen des Bezirkes für ein breiteres Publikum zur Verfügung gestellt, Menschen besser in den Bezirk eingebunden und Barrieren werden abgebaut.

Lisa Rodlauer

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Wiederherstellung Verkehrsspiegel Hüttelbergstraße Ecke Wolfersberggasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima und die Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien MA 28 und MA 46 sollen den Verkehrsspiegel an der Hüttelbergstraße Ecke Wolfersberggasse, gemäß den Bestimmungen der § 31-35 Abs. 4 der StVO wieder errichten und damit die Verkehrssicherheit an besagter Kreuzung wiederherstellen.

Begründung:

Aufgrund zahlreicher Bürgermeldungen wurden wir auf die Tatsache aufmerksam gemacht, dass der sinnvolle Verkehrsspiegel in der Kreuzung Hüttelbergstraße Ecke Wolfersberggasse entfernt worden ist. Dies ist aus unserer Sicht als Volkspartei Penzing und aus Sicht zahlreicher Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar.

Samuel Mayrl, BA
Bezirksrat

Mag. Andreas Berger
Bezirksrat

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Stadtrat Peter Hanke wird ersucht, die Wiener Linien zu veranlassen, die Intervalle der Straßenbahnlinie 49 besonders zu den Spitzenzeiten zu verbessern.

Begründung:

Die Straßenbahnlinie 49 ist eine beliebte und wichtige Verbindung in Penzing. Sie ist besonders zu den Spitzenzeiten am Morgen und am Abend überfüllt (siehe Foto). Eine Intervallverkürzung würde die Straßenbahnlinie 49 mit ihrer wichtigen Streckenführung enorm verbessern und wäre eine wesentliche Erleichterung für die PenzingerInnen.

Kürzere Intervalle wären auch ein Beitrag für die Sicherung der Nahversorgung entlang der Einkaufsstraße Hütteldorfer Straße und der Linzer Straße, da kürzere Intervalle eher dazu veranlassen regional einzukaufen.

Ing. DI Andreas Eisenbock, BA MA MSc
Bezirksrat

Barbara Prilisauer
Bezirksrätin

Mag. Andreas Berger
Bezirksrat



Morgen des 06.12.2023

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Der unterzeichnende Bezirksrat der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

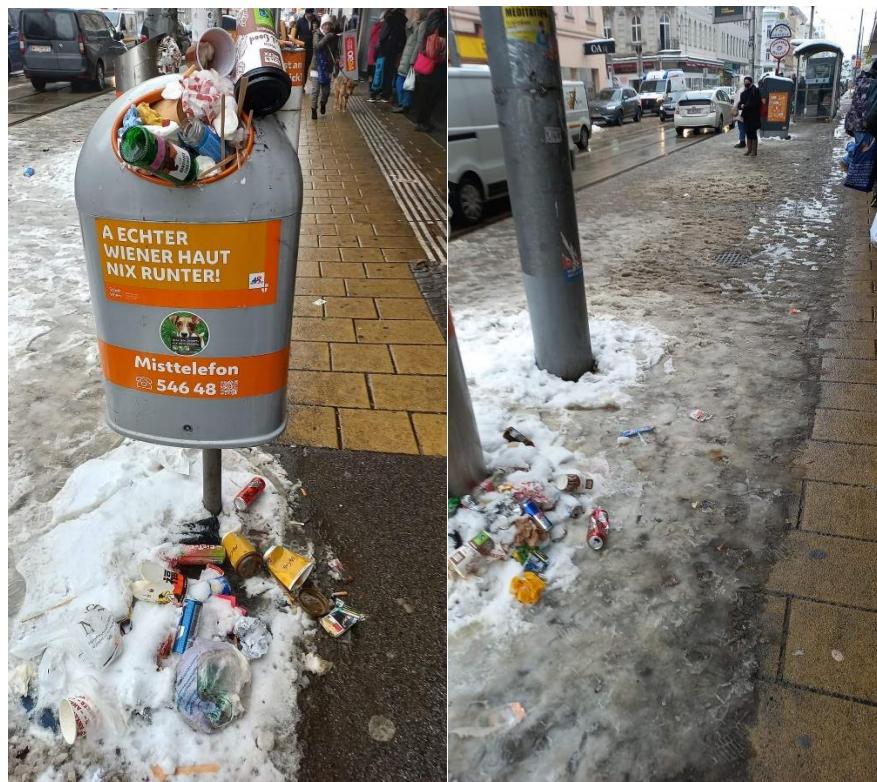
Die MA48 möge veranlassen, dass die Verschmutzungen der Verkehrsflächen durch div. Abfälle, insbesondere der 49er-Haltestelle Hütteldorfer Straße (beidseitig), öfter gereinigt und im Haltestellenbereich mehr Möglichkeiten zur Abfallbeseitigung geschaffen werden oder diese öfters entleert werden.

Begründung:

AnrainerInnen und Fahrgäste beschweren sich über die ständig verschmutzen Flächen und übergehende Mülleimer der Haltestelle.

Ing. DI Andreas Eisenbock, BA MA MSc
Bezirksrat

Sebastian Mühlbauer MA
Bezirksrat



Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Errichtung eines Behindertenparkplatzes beim Friedhof Hadersdorf-Weidlingau

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien MA 28 und MA 46 mögen die Möglichkeit der Errichtung eines Behindertenparkplatzes in der unmittelbaren Nähe des Eingangsbereiches des Friedhofs Hadersdorf-Weidlingau überprüfen und die Ergebnisse der Überprüfung der Mobilitätskommission präsentieren.

Begründung:

Gerade der Friedhof Hadersdorf-Weidlingau ist nur bedingt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zugängig. Gerade Personen mit Behinderung, die häufig auf einen Transport mit PKW angewiesen sind, könnte hier mit einer Maßnahme eine wesentliche Erleichterung geschaffen werden.

Samuel Mayrl, BA
Bezirksrat

Ulrike Jezik-Osterbauer
Bezirksrätin

Elisabeth Lerch-Muß
Bezirksrätin

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag zur Überprüfung der Ampelschaltung Hadikgasse/Diesterweggasse/Nisselgasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 28 wird gebeten, die Schaltung der Signallichtanlagen Hadikgasse/Diesterweggasse und Hadikgasse/Nisselgasse auf besseren Verkehrsfluss und Fußgängersicherheit zu überprüfen und evtl. parallel zu schalten.

Begründung:

Beide Ampeln liegen sehr nah hintereinander, momentan sind beide Ampeln unterschiedlich geschaltet. Das führt einerseits zu PKW-Stau in der Hadikgasse und andererseits entstehen immer wieder gefährliche Situationen für Fußgänger am Zebrastreifen der ersten Ampel, da einige Autofahrer nur die Grünphase der zweiten Ampel wahrnehmen und dann versehentlich über die Rotphase der ersten Ampel fahren und die Fußgänger am Zebrastreifen übersehen. Eine Parallelschaltung würde die Gefahr entschärfen und den Stau reduzieren.

Mag. Natascha Fussenegger
Stv. Bezirkvorsteherin

BezR. Samuel Mayrl
Fraktionsvorsitzender Mobilitätskommission

Die Wiener Volkspartei

Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag zur Wiedererrichtung des Bauzauns

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Frau Bezirkvorsteherin wird gebeten, sich bei den ÖBB dafür einzusetzen, dass die beschädigten Bauzäune im Eduard-Gurk-Park wieder errichtet werden und damit der freie Zugang der spielenden Kinder auf die Bahngleise wieder geschlossen wird.

Begründung:

Seit Wochen eröffnen umgefallene ÖBB-Bauzäune direkt neben Eduard Gurk Park und dem Kindergarten den spielenden Kindern direkten Zugang zu den Zuggleisen der ÖBB. Ein Zaun im Westen des Parks und ein Zaun im Osten des Parks. Trotz der Meldung der Eltern auf der Stadt Wien App und bei der ÖBB ist die Gefahrenzone bis heute nicht entschärft.



Mag. Natascha Fussenegger
Stv. Bezirkvorsteherin



Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Penzing stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 13.12.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

ANTRAG

auf eine zusätzliche Überwachungskamera zur westlichen Fahrradabstellanlage am BH Hütteldorf

Die s.g. Stadträtin Uli Sima und die zuständigen Magistratsstellen werden ersucht die ÖBB zur Aufstellung einer zweiten Überwachungskamera beim westlichen Ausgang des BH Hütteldorf zu ersuchen, die auch die Fahrradabstellanlage erfasst.

BEGRÜNDUNG

Die Überwachungskamera am westlichen Eingang zum BH Hütteldorf ist auf den Eingangsbereich gerichtet, die danebenliegende Fahrradabstellanlage wird nicht erfasst. In den vergangenen Monaten wurden dort jedoch zahlreiche abgestellte Fahrräder und Scooter gestohlen. Aufgebrochene Absperrvorrichtungen am Boden zeugen davon. Eine zusätzliche Kamera wäre hier eine wirkungsvolle Abschreckung für Diebe und stärkt das Vertrauen der Kunden des Öffi-Verkehrs ihre Fahrräder weiterhin am BH zu parken.

Bezirksrat DI Dr. Roland Kariger

Bezirksrat Dr. Wolfgang Gerold

Bezirksrat Alexander Zöchling

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13/12/2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, bei künftigen Fassadenrenovierungen der Gemeindebauten in Penzing zu überprüfen, ob diese ganz oder teilweise begrünt werden können und bei einer positiven Prüfung die entsprechende Begrünung zu veranlassen.

Begründung

Neben der optischen Attraktivierung von Gemeindebauten leistet eine begrünte Fassade auch einen wesentlichen Beitrag gegen die sommerlichen Hitzeinseln.

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

FPÖ PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, wird ersucht dafür Sorge zu tragen, dass beim Gemeindebau Schimonhof, Penzinger Strasse 150-166 die Beleuchtungssituation durch Installation von Lampen verbessert wird.

Begründung:

Die derzeitige Beleuchtung wird von den Bewohnern als unzureichend angesehen.

Die Bewohner empfehlen die Lampen an folgenden Punkten zu montieren:



Zugangstor
Penzingerstrasse
150



Müllinsel im Hof



Fahrradabstellanlag e

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

FPO PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13/12/2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den zuständigen Amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, sich dafür einzusetzen, dass künftige Ersatzpflanzungen von in Penzing gefällten Bäumen auch in Penzing und nicht in anderen Bezirken durchgeführt werden.

Begründung

Die Penzinger Bezirksvertretung ist stets bemüht den Bezirk grüner zu gestalten und auch neue Bäume auf öffentlichem Grund zu pflanzen. Dies ist oftmals mit Kosten von mehreren 10.000€ verbunden.

Es ist daher nicht einzusehen, dass die Bezirksvertretung vieles unternimmt um das Bezirksklima zu verbessern und auf der anderen Seite Ersatzpflanzungen für in Penzing gefällte Bäume dann in anderen Bezirken stattfinden.

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

FPO PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Überprüfung Halteverbotszeichen vor Hütteldorfer Straße 219

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die MA 46 wird ersucht, die Situierung der beiden Halteverbotszeichen und der beiden Kundmachungen der Kurzparkzone vor der Ausfahrt Hütteldorfer Straße 219 zu überprüfen und gegebenenfalls näher an der Gehsteigüberfahrt (Ausfahrt) zu positionieren.

Begründung:

Überraschenderweise endet die Kurzparkzone gut 2 Meter in Fahrtrichtung stadteinwärts vor der Ausfahrt. Auf der Stange ist dann ein Halteverbot angebracht. 2 Meter nach der Ausfahrt stadteinwärts ist wieder eine Stange angebracht auf der wiederum das Ende des Halteverbotes und der Wiederbeginn der Kurzparkzone verordnet ist.
Abgesehen, davon, dass das unnötiger Schilderwahn ist, werden dadurch gut 4 Meter Parkraum vernichtet.



KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

FPÖ PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Entleerung von öffentlichen Mistkübeln trotz Schneefalls

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht dafür Sorge zu tragen, dass die öffentlichen Müllsammelbehältnisse in Penzing auch dann entleert werden, wenn es geschneit hat, bzw. gerade schneit.

Begründung

Die FPÖ erreichen mehrere Anrufe von Bürgern die berichteten, dass ihnen auf Ihre Anfrage bei der MA 48, weshalb die öffentlichen Müllsammelbehältnisse in Penzing übervoll sind, mitgeteilt wurde, „weil es schneit und die Mitarbeiter für die Schneeräumung benötigt werden“.

Die FPÖ begrüßt freilich, dass Flächen von gefallenem Schnee geräumt werden (was ohnedies nicht überall klaglos funktioniert), dass deswegen die Leerung der öffentlichen Müllsammelbehältnisse vernachlässigt wird, ist jedoch nicht tragbar.

Möglicherweise ist die Stadtregierung der aktuellen Klimapropaganda auf den Leim gegangen und rechnet im Winter nicht mehr mit Schneefall, sodass das Ersuchen ergehen muss, entsprechende Vorbereitungen zu tätigen, um das eine tun zu können aber deswegen das andere nicht lassen zu müssen.

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

FPO PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Wartehäuschen Nisselgasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Peter Hanke, wird ersucht sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass die Station der Buslinie 51A in der Nisselgasse mit einem Wartehäuschen ausgestattet wird. In diesem Bereich warten die Fahrgäste (siehe Foto) und besteigen den Bus.



Begründung:

Ein Wartehäuschen, ist im Sinne der Kundenfreundlichkeit.

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

FPO PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Verkehrssicherheit Samptwandnergasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, wird ersucht dafür Sorge zu tragen, dass das Befahren des Randsteins des inneren Teils der etwa Höhe Friedhofeingang befindlichen Kurve der Samptwandnergasse (siehe Markierung am Bild) vermieden wird.



Begründung

Es ist zu beobachten, dass Autofahrer die Kurve falsch einschätzen und deswegen den Randstein touchieren oder sogar überfahren.

Dies mag an der Breite der Stelle und dem nicht zur Fahrtrichtung verlaufenden Gefälle oder der Sichtachse liegen.

Jedenfalls stellt dies nicht nur eine unmittelbare Gefahr dar, sondern ist dadurch auch die Gefahr der Spurverstellung und der Beschädigung von Reifen gegeben. Beschädigte Reifen sollten freilich ausgetauscht werden. Da zu befürchten ist, dass dies nicht immer geschieht, ist auch dadurch die Verkehrssicherheit gefährdet.

Es scheinen daher an dieser Örtlichkeit Maßnahmen nach § 57 StVO sinnvoll.

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Penzing stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 13.12.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

ANTRAG

Kurze Beschreibung des Antragstextes und Parteienzugehörigkeit bei der Online Übertragung

Die zuständigen Stellen werden ersucht, eine Möglichkeit zu finden, dass die Zuschauer im Onlineformat mitbekommen, worum es bei der Verlesung der Antragszahl geht und welcher Partei die jeweiligen Sprecher:innen zugehören.

BEGRÜNDUNG

Die Übertragung der BV - Sitzungen erfreut sich immer größerer Beliebtheit und ist wichtig für die Sichtbarmachung der Bezirksarbeit. Immer wieder wird aber kritisiert, dass es nicht möglich ist, wenn der Antragstext nicht vorgelesen wird, mitzubekommen, worum es bei dem jeweiligen Antrag geht.

Das betrifft auch die jeweilige Parteienzugehörigkeit der Sprecher:innen, wobei beides ersichtlich gemacht werden sollte.

Wolfgang Gerold

Alexander Zöchling

Roland Kariger



Die unterzeichnende Bezirksrätin von LINKS stellt zur
Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Der Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker und die Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadtneuerung und Frauen Kathrin Gaál werden gebeten, im Sinne der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung zu prüfen, unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmaß Wohnungskontingente der Stadt Wien im Bezirk barrierefrei als unbetreute Wohnform für Menschen mit Behinderung vergeben werden können.

Begründung

Menschen mit Behinderungen - egal ob physisch, psychisch oder im Bereich der Sinneswahrnehmungen - erfahren selten ein selbstbestimmtes Leben. Sie werden zusätzlich behindert und müssen enorme Umwege, Anstrengungen, Ignoranz und Bevormundung im Alltag in Kauf nehmen. Ihnen wird, wie anderen ausgesetzten, nicht ernstgenommenen und ausgebeuteten Menschen, das Leben schwerer gemacht als es sein müsste. Ihr Armutsrisko ist doppelt so hoch wie das von Menschen ohne Behinderungen.

Die Bundespolitik nimmt das Thema nicht ernst genug. So erfüllen die beiden Regierungsparteien ÖVP und Grüne zum Beispiel ihre Beschäftigungsquote für begünstigte Behinderte nicht.

Penzing und Wien können hingegen wesentliche Beiträge für gezielte Inklusion leisten. Ein guter Anfang beim Grundrecht Wohnen wäre es, nicht paternalistischen also selbstbestimmten, unbetreuten, barrierefreien und leistbaren Wohnraum im Bezirk im Rahmen der stadteigenen Wohnungskontingente zur Verfügung zu stellen.

Christin Spormann
Bezirksrätin

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Prüfung der Gebäude des Wiener Gesundheitsverbundes in Penzing auf Barrierefreiheit für blinde Menschen und Menschen mit Sehbeeinträchtigungen

Peter Hacker, Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport wird ersucht zu veranlassen, dass alle Gebäude des Wiener Gesundheitsverbundes in Penzing, in denen öffentlichen Institutionen unterbracht sind, genauer auf ihre Barrierefreiheit untersucht werden sollen.

Begründung

Bei einer Begehung mit Herrn Jäkel, Orientierungs- und Mobilitätstrainer (Hr. Prall, Obmann vom Blinden- und Sehbehindertenverband Wien, NÖ und Burgenland BSVWNB war krankheitsbedingt verhindert) am 06.12.2023 konnte unter anderem festgestellt werden, dass im Gebäude des Wiener Gesundheitsverbundes in der Hüttdorferstrasse 188, 14. Bezirk, wo unter anderem die Penzinger Bezirksvorstehung untergebracht ist, nicht baulich barrierefrei zu bezeichnen ist, da sie für Menschen mit Blindheit und Sehbehinderung nicht ohne fremde Hilfe zugänglich und voll nutzbar sind.

Barrierefreie Beschilderung erfolgt über so genannte taktile Leitsysteme. Dies ist eine Kombination aus haptisch wahrnehmbaren Grundrissplänen, taktiler Profilschrift und Brailleschrift auf Handläufen und haptisch wahrnehmbare Bodenleitlinien (z.B.: auf Panikbügel fehlt ein Schild mit Bezeichnung „Exit“, eine Leitlinie zum Lift, vor dem Lift eine Auffanglinie). Genauso kann auch ein einfaches Türschild (tastbare Nummern und darunter Namen in Brailleschrift am Klebe-/Klettband – so sind sie leicht austauschbar) für betroffene Menschen aufbereitet sein, so ermöglicht es den blinden und sehbehinderte Menschen eine selbständige Orientierung im Gebäude.

Das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG) ist mit 1. Jänner 2006 in Kraft getreten und verpflichtet den Bund, geeignete und konkret erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen mit Behinderungen den barrierefreien Zugang zu seinen Leistungen und Angeboten zu ermöglichen.

Ziel des Gesetzes ist die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft. Der Zugang und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen soll Personen mit Behinderungen ermöglicht werden. Darüber hinaus gibt nach Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention vor, Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zu gewährleisten. Mit der Ratifizierung hat sich Österreich dazu verpflichtet.

Elisabeth Lerch-Muß
Bezirksrätin

Mag. Barbara Gullner
Bezirksrätin